

Blattgröße 70 Bg., monatlich 2.— M.
im voraus zahlbar, Postbezug 2,72 M.
einzel. Belegzahl, Zustellabonnement
1,50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentag-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Lust
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Gemert
Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Tatort“, Bild in die
Welterwartung und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kompartiment-
zu Wienig Reklamerei 2.— Reichs-
markt „Kleine Anzeigen“ das letzte
druckte Wort 25 Pfennig gültig und
letzte druckte Wort, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellungspreise das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
geben für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 55 Werbung Familienanzeigen für
Ehepaare Seite 40 Wienig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft. Verbru-
che 2. wochentaglich von 9/1 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Bersprecher: Pönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 626. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Mitternachtsstumpf im Reichstag.

Heute nacht soll entschieden werden, ob der Reichstag weiter tagen kann. Fraktionsitzungen nach Mitternacht. — Keine Einigung!

Das Arbeitsprogramm der Bürgerblockregierung ohne Bürgerblock ist noch nicht fertiggestellt. Arbeitsprogramm — die ehemaligen Blockparteien nennen sich jetzt „Arbeitsgemeinschaft“. Der Name kommt daher, daß sie nicht mehr arbeitsfähig sind. Sie sind auch nicht fähig, den entscheidenden Entschluß zu finden, den Reichstag sofort auseinandergehen zu lassen. Sie verhandeln und vertragen, und vertragen und verhandeln. Trotz der feierlichen Absage an alle „Agitationsanträge“ sucht jede der ehemaligen Bürgerblockparteien, im Notprogramm Bestimmungen durchzusetzen, deren offensichtlicher Zweck es ist, in der Wahlpropaganda verwendet zu werden. Darüber kann man sich nicht einigen. Zudem sucht jede Partei der anderen die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zuzuschreiben. Die Folge ist, daß gegen Mitternacht noch keine Entscheidung gefallen war.

Bericht vom Krisenchauplatz: um 4 Uhr wurde der Reichstag vertagt, um Zeit für Verhandlungen zu schaffen. Um 6 Uhr trat er wieder zusammen, um die Tagesordnung für Sonnabend festzusetzen. Die Tagesordnung sieht zwei Möglichkeiten vor: Fortsetzung der Beratungen, wenn eine Einigung über das Arbeitsprogramm erfolgt; erste, zweite und dritte Beratung eines Notetats, wenn die Verhandlungen scheitern sollten.

6,15 Uhr trat das Reichskabinett, das inzwischen seine Beratungen über das Arbeitsprogramm abgeschlossen hatte, mit den Führern der ehemaligen Bürgerblockfraktionen zu einer Beratung zusammen. Eine endgültige Entscheidung über das Arbeitsprogramm fiel nicht, die Fraktionsführer behielten die Entscheidung ihren Fraktionen vor. Nach dieser Besprechung wurden die Führer der Sozialdemokratischen und Demokratischen Reichstagsfraktion über den Regierungsentwurf eines Arbeitsprogramms unterrichtet.

Die Fraktionsitzungen der ehemaligen Regierungsparteien dauerten Stundenlang. Das Zentrum leitete eine zweite Fraktionsitzung für Mitternacht an. Kurz zuvor sollte noch einmal eine Besprechung des Reichskabinetts mit den Fraktionsführern stattfinden.

Die im Arbeitsprogramm der Regierung vorgesehenen Maßnahmen, namentlich für die Landwirtschaft, erfordern erhebliche Mittel. Diese Mittel sollen durch den Mehreingang an Zöllen gedeckt werden. An sich besteht die Möglichkeit, noch 41 Millionen Mark Vermögenssteuer für Deckungszwecke zu erheben, die ehemaligen Bürgerblockparteien aber haben die Absicht, getreu ihrer bisherigen Politik, 150 Millionen Mark, die die Zölle gegenüber dem Voranschlag mehr erbracht haben, im Notprogramm zu verteilen.

Ueber diese Verteilung können sie sich nicht einigen.

11 Uhr 30 Minuten nachts erscheint folgende Verlautbarung:

Nach der interfraktionellen Besprechung traten heute abend im Reichstag die Fraktionen der bisherigen Regierungsparteien zusammen, um zu dem ihnen vorgeschlagenen Arbeitsnotprogramm des Reichstages Stellung zu nehmen.

Aus den Verhandlungen der Zentrumsfraktion ist festzustellen, daß diese dem Arbeitsprogramm zustimmen wird.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beschlossen, dem interfraktionellen Ausschuß noch gewisse Änderungsanträge zur Landwirtschaftshilfe zu unterbreiten. Sie will außerdem dem Programm nur zustimmen, wenn auch wirklich keine Durchführung gesichert erscheint, und wenn kein Termin für die Erledigung des Programms und die Neuwahlen festgesetzt wird.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wünscht eine Verklärung der Mehrforderungen, die das Arbeitsprogramm für die Invalidenversicherung enthält. Der hierdurch freierwerbende Betrag soll dem Notprogramm für die Invalidenversicherung und für die Liquidationsgeschädigten hinzugefügt werden.

In Anblich an die Fraktionsitzungen trat um 22 1/2 Uhr unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Bergl der interfraktionelle Ausschuß erneut zusammen. Nach dieser Sitzung sind neue Sitzungen der Fraktionen vorgesehen.

Wie wir weiter hören, ist von den Deutschnationalen verlangt worden, daß dieses Notprogramm von allen Parteien gestellt durchgeführt wird, daß also kein „Ausbrechen“ irgend einer bisherigen Regierungspartei stattfinden darf und somit für die Durchführung des Notprogramms sozusagen die alte Koalition wieder hergestellt wird.

Demgegenüber haben die Demokraten schriftliche Forderung dieser Bedingungen verlangt, um sie ihrer Fraktion am Sonnabendvormittag vorlegen zu können.

Die Verwirrung scheint jetzt auf dem Gipfel. Jeder will etwas anderes. Die Opposition weiß nicht, nach immer nicht, was man eigentlich von ihr will. Die Opposition hätte unter diesen Umständen wirklich das Recht, einen berühmten Ausspruch zu zitieren, den der letzte Sachientönig anlässlich seiner Abdankung tat.

Die Deutschnationalen werden mit dem Vorschlag der Volkspartei, der auf Kosten der Sozialdemokraten geht, nicht unzufrieden sein. Aber was sagt das Zentrum dazu?

Davon abgesehen scheint es, als ob die Einigung auch an den Forderungen der Deutschnationalen scheitern müßte. Die Deutschnationalen spielen sich als die Diktatoren eines frisch zu leimenden Regierungsblochs auf und wollen den anderen „Bisherigen“ vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Dafür wollen sie eine Bindung bezüglich des Termins der Reichstagsauflösung und der Neuwahlen überhaupt nicht eingehen. Diese deutschnationale Weigerung ist das sicherste Mittel, alles in die Luft zu sprengen.

Der interfraktionelle Ausschuß tagt, das Kabinett tagt, die Fraktionen tagen, dann tagen wieder die Interfraktionellen, die Minister, die Fraktionen. Es geht auf Mitternacht und noch kein Ende. Nichts zu sehen als Scherben und Trümmer, Trümmer und Scherben.

12 Uhr 15 Minuten nachts:

Der interfraktionelle Ausschuß tagt noch. Die auf Mitternacht angelegten Fraktionsitzungen müssen also weiter verschoben werden. Nur ein Teil der bisherigen Regierungsmannschaften hält noch im Restaurant bei Bier und Wein

Der Metallkonflikt.

Schlichtungsverhandlungen gescheitert.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, begannen gestern vormittag im Reichsarbeitsministerium auf Anordnung des Reichsarbeitsministers die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Zunächst veruchte der Schlichter, Ministerialrat Hauschild, eine direkte Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Eine solche Verständigung scheiterte aber an der Haltung der Unternehmer, die jedes Entgegenkommen von vornherein ablehnten.

Infolgedessen wurden diese Einigungsverhandlungen als gescheitert erklärt und die Besprechungen um 2 1/2 Uhr abgebrochen.

Darauf wurde eine Schlichterkammer gebildet, vor der um 3 1/2 Uhr die eigentlichen Schlichtungsverhandlungen begannen. Doch auch hier änderte sich nichts in der absolut ablehnenden Haltung der Unternehmer. Sie erklärten, daß sie unter keinen Umständen über den ersten Schlichterspruch, der bekanntlich eine Zulage von 3 Pfennig vorschlug, hinausgehen würden.

Die Verhandlungen wurden um 21 Uhr auf heute vormittag 10 Uhr vertagt. Eine Annäherung ist in keiner Weise erfolgt.

Die Unternehmer, offenbar von den Scharfmachern im Gesamtverband der Deutschen Metallindustriellen getrieben, beharren auf ihrem absolut ablehnenden Standpunkt.

Wache. Die anderen, es scheint die Mehrheit, haben längst Gutenacht gesagt und sind schlafen gegangen. Wahrscheinlich sind sie die Klügeren. Gute Nacht, Bürgerblock, gute Nacht Arbeitsnotprogramm!

Die sozialdemokratische Fraktion tritt heute vormittag um 10 1/2 Uhr zusammen. Sie wird den Bericht des Fraktionsvorstandes über die Verhandlungen um das Arbeitsnotprogramm entgegennehmen. Im übrigen wird sie kaum noch etwas anderes zu tun haben, als festzustellen, daß alles kaputtgeschlagen ist.

Der letzte Kniff.

Man schiebt alles auf die Opposition!

Die interfraktionelle Besprechung der bisherigen Regierungsparteien mit der Regierung, die sich an die Sitzung der Fraktionen angeschlossen, war nach Mitternacht endlich beendet. Es fand, so wird verlautbart, eine allgemeine Aussprache über das Arbeitsnotprogramm statt. Ferner nahm man Kenntnis von der vorläufigen Stellungnahme der früheren Oppositionsparteien. Das Ergebnis ist, daß die Regierung am Sonnabend vormittag die Verhandlungen mit den früheren Oppositionsparteien zum Abschluß bringen will, weil davon auch die Entschlebung der bisherigen Regierungsparteien entscheidend beeinflusst wird.

Also, weil man nicht mehr aus und ein weiß, will man wieder mit der Opposition verhandeln!

Das Notprogramm der Regierung.

Das Kabinett Marx hat gestern im Verlauf der späten Abendstunden den Parteiführern unter dem Hinweis, daß sie geschlossen dafür eintrete, ein Notprogramm unterbreitet, das folgende Punkte umfaßt:

1. Liquidationserschließungsgesetz. Hierüber berichtete Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Die Staffeln sind im allgemeinen in Anlehnung an die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates vorgenommen.

2. Landwirtschaftliches Notstandsprogramm. Hierüber berichtete Reichsernährungsminister Schiele.

Zur Organisation des Abfahrs von Schlachttier und Fleisch sollen in den Etat für 1928 30 Millionen Mark zum Zwecke der Befreiung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen eingesetzt werden. Zur Sicherung der rationellen Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe sollen ebenfalls 30 Millionen Mark in den Etat für 1928 eingesetzt werden, ferner zur Verhütung des Niedrigrades der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen Mark. Weiter sollen je 500 000 M. in den Nachtragsetat für 1927 und in den Etat für 1928 zur Förderung der Geflügelzucht eingestellt werden.

Ferner soll eine Erweiterung des Systems der Einfuhrschemine für Schweine und Schweinefleisch vorgenommen werden und eine rotawelse Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents.

Der Reichsminister der Finanzen soll ermächtigt werden, sich zusammen mit Ländern und Gemeinden an einer Organisation zu beteiligen, die die Aufgabe hat, inländische Kreisinstanzen bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden zu unterstützen. Der Rentenbank-Kreditanstalt soll durch Gesetzesänderung die Möglichkeit gegeben werden, sich an zentralen Unternehmungen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu beteiligen und diesen Unternehmungen Kredit zu gewähren. Außerdem sollen die veterinärpolizeilichen Grenzsperrren zur Verhütung der Einschleppung von Tierseuchen verschärft werden.

3. Sozialpolitische Maßnahmen. Die Steigerungssätze für die Invalidenrenten sollen vom 1. Juli ab eine Erhöhung auf 40 Proz. erfahren, d. h. die monatlichen Renten werden um 3,20 M. erhöht. Ingesamt ist hierfür ein Mehraufwand von 100 Millionen Mark erforderlich. Ferner ist ein Betrag von drei Millionen zur Unterstützung der Wertspenden vorgesehn. Ingesamt betragen die Erhöhungen, die in dem Notprogramm gegenüber dem Etat vorgesehen sind, 158 Millionen Mark. Davon sind 153 Millionen dauernde Ausgaben. Die Regierung will diese Summen einbehalten dadurch, daß sie die mit 1050 Millionen angelegten Einnahmen aus Zöllen um 200 Millionen Mark erhöht.

Politische Dilettanten.

Kommunisten als Rettungsmannschaften für den Bürgerblock

Die Deutsche Volkspartei hat den Bürgerblock in Scherben geschlagen. Die kommunistische Reichstagsfraktion bemüht sich, die Scherben wieder zusammenzusetzen. Sie hat einen Mißtrauensantrag gegen die Bürgerblockregierung eingebracht — nicht um sie zu stürzen, sondern um nur von sich reden zu machen.

Beim Beginn der gestrigen Reichstagsfraktion beantragten die Kommunisten, ihren Antrag auf die Tagesordnung zu stellen. Der Führer der gegnerischen Volkspartei widersprach. Am Schluß der Sitzung beantragten nun die Kommunisten, ihren Mißtrauensantrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, nur die Kommunisten stimmten dafür.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gegen diesen Antrag gestimmt. Ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, dessen Lage gezählt sind, schweift die ehemaligen Koalitionsparteien zur Abwehr zusammen. Es findet keine Mehrheit, das kann sich jeder ausrechnen, der zählen kann. Abgelehntes Mißtrauensvotum aber bedeutet, wenn auch nicht feierliches Vertrauensvotum — so doch, daß der Reichstag der Regierung die Chance geben will, weiter zu regieren. Es bedeutet politische Vollmacht, eine Ermächtigung.

Während jeder einsichtige Politiker auf der Linken sieht, daß es notwendig ist, die Regierung ohne Koalition für die notwendigsten Arbeiten, die noch erledigt werden sollen, so eng als möglich zu binden, wollen die Kommunisten mit ihrem Mißtrauensvotum, dessen sichere Ablehnung sie ganz klar vor Augen haben, dieser sterbenden Regierung die Chance geben, sich über das Notprogramm hinaus zu politischen Akten und Handlungen ermächtigt zu fühlen. Mit anderen Worten: die Bürgerblockpolitik fortzusetzen, den Bürgerblock wieder zu leimen.

Hoffnungsloser politischer Dilettantismus und scheinradikalste Geistesart lassen die Kommunisten auch in dieser Situation zu ungewollten Helfern des Bürgerblocks werden. Es muß noch sehr viel politische Erziehungsarbeit an ihnen geübt werden.

Wiking-Frechheit.

Ehrhardt und die Seinen stellen Strafantrag.

Der Rutschistenkapitän Ehrhardt hat den Rechtsanwalt Paul Bloch beauftragt, wegen der Veröffentlichung der Wiking-Briefe im „Vorwärts“ Strafantrag gegen Unbekannt zu stellen.

Die Briefe, deren Echtheit nicht bestritten wird, sind nach Angaben Ehrhardts Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens. Ehrhardt behauptet, daß sie durch ein „Amtsvergehen“ in die Öffentlichkeit gekommen seien.

Es scheint uns, daß allerdings eine Untersuchung in der Angelegenheit des „Wiking“ notwendig ist — Ehrhardt und die Seinen können dafür freilich nur als Objekte in Betracht kommen.

Wieder ein Hochverratsprozeß!

Festung wegen Flugblattverteilung unter der Schupo.

Leipzig, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatten sich in einer zwoeltägigen Verhandlung der Arbeiter Paul Behrend und zwei Genossen aus Köln, der Arbeiter Max Bantwig aus Jena und der Arbeiter Alfred Kausch aus Goslar, vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Die Angeklagten wurden beschuldigt, im Jahre 1926 in Köln, Jena, Goslar und anderen Orten Flugblätter, die zur Zerschlagung der Schupo aufriefen, unter den Polizeibeamten verteilt zu haben. Die Angeklagten waren geständig, wolle jedoch von dem Inhalt der Flugblätter keine Kenntnis gehabt haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagten trotzdem wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen nach § 7 Abs. 4 des Republikstufgesetzes: Behrend und Kausch zu je zehn Monaten Festungshaft und 200 M. Geldstrafe; Bantwig und Weiler wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Die allgemeine Aussprache beendet. — Montag die erste Ausschlußtagung.

Auf der gestrigen Sitzung der deutschen und russischen Delegationen wurde die allgemeine Aussprache zu Ende geführt. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Wallroth, hat zunächst in längerer grundsätzlicher Ausführungen die deutsche Auffassung zu der Frage der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen dargelegt. Darauf hat der Vorsitzende der russischen Abordnung, das Mitglied des Handelskommissariats, Schleifer, geantwortet und die grundsätzliche Auffassung der Sowjetregierung zu den Fragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck gebracht. Er hat ferner die Fragen mitgeteilt, deren Besprechung die Sowjetregierung wünscht. Diesen grundsätzlichen Darlegungen folgte die erste allgemeine Durchsprache des von beiden Parteien vorgelegten Verhandlungsmaterials. Diese allgemeine Aussprache wurde gestern abend abgeschlossen und soll unmittelbar durch die Arbeit der Kommissionen abgelöst werden. Bisher sind drei Kommissionen gebildet worden, eine für die Frage des Geschäftsverkehrs zwischen den Wirtschaftsorganen der Sowjetunion und der deutschen Wirtschaft, eine zweite Kommission für die statistische Untersuchung des deutsch-russischen Handelsverkehrs und eine dritte Kommission für juristische Fragen. Auf diese drei und eventuell noch neu zu bildende Kommissionen wird nach Abschluß der allgemeinen Diskussion das gesamte Verhandlungsmaterial verteilt werden. Die Arbeit dieser drei Kommissionen beginnt am kommenden Montag.

Das Gerede vom Völkerbundsg.

Bisher keinerlei Anfrage in Wien.

Wien, 17. Januar.

Zu einer Wählung des „Echo de Paris“ über die Frage einer Verlegung des Sitzes des Völkerbundes nach Wien ist die amtliche Nachrichtenstelle zu der Feststellung ermächtigt, daß in dieser Angelegenheit weder offizielle noch offizielle Sondierungen bei der Wiener Bundesregierung erfolgt sind.

Der Bürgerblock wieder einig.

Am Wehretat darf nichts gestrichen werden!

In der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Spezialberatung des Heeresetats zu Ende geführt. Genosse Biedermann brachte schwere Mißstände in der Bauabteilung des Wehrministeriums zur Sprache. In der Reichshaushaltsordnung ist bestimmt, daß einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen des Reichs erst dann in den Haushaltsplan einzustellen sind, wenn Pläne und Kostenberechnungen vorliegen, aus denen Reichsrat und Reichstag die Art der Ausführung und die Kosten der baulichen Maßnahmen ausreichend erkennen können. Bei allen größeren Bauvorhaben sind ausführliche Bauentwürfszeichnungen und Kostenberechnungen der Ausführung zugrunde zu legen. Nach diesen Vorschriften verfahren alle Verwaltungen. Nur das Wehrministerium beginnt Bauten, ohne daß Pläne und genaue Kostenberechnungen vorliegen. Das muß, wie Genosse Biedermann im einzelnen nachwies, dazu führen, daß in zahlreichen Fällen öffentliche Gelder verschwendet werden, und daß man nicht sprechen kann. Damit nicht genug, verlangt das Wehrministerium sogar die Bewilligung von Mitteln zu Bauten, für die nach den eigenen Darlegungen des Ministeriums die Baubedarfsfrage noch nicht einmal geklärt ist!

Die Entschuldigungen, die der Ministerialdirektor vorbrachte, waren derartig unzulänglich, daß Minister Groener erklärte, er werde selber die Organisation seiner Bauverwaltung nachprüfen.

Bei den Abstimmungen wurden wie gestern sämtliche Streichungsanträge der Opposition in vollem Umfang abgelehnt. Und nicht nur das. Auch die Abänderungsanträge des Reichsrats erfuhren kein besseres Schicksal. Gestrichen wie seit Wochen nicht standen die bürgerlichen Parteien zum Schutz des Wehretats bereit.

Auch die zurückgestellte Abstimmung über die sozialdemokratische Aufschlüsselung, welche für das Rechnungsjahr 1929 die Aufstellung eines Wehretats verlangt, dessen Zuschußbedarf 500 Millionen Mark nicht überschreitet, brachte ein negatives Ergebnis. Einzig und allein angenommen wurde eine demokratische Entschlüsselung, nach der eine umfassende Prüfung aller Möglichkeiten zu erheblichen Ersparnissen im Haushalt des Wehrministeriums vorzunehmen ist. Hierbei ist insbesondere, gegebenenfalls im Benehmen mit Sachverständigen aus der Wirtschaft, die Frage zu prüfen, ob nicht für erhebliche Lieferungen der verschiedensten Art Preise bewilligt werden, die berechnete Ansprüche wesentlich überschreiten. Während im vorigen Jahr das Zentrum unter sozialdemokratischem Druck sich noch zu einigen Streichungen bereit fand, haben in diesem Jahre die bürgerlichen Parteien geschlossen alle Anträge des Wehretats für satofant erklärt.

Aufrollung des Befähigungsrechts.

Deutscher Polizeikommissar verhaftet, weil verhafteter Spion Befähigungsangehöriger war.

Mann, 17. Februar.

Zu der Verhaftung des Gemeindepolizeikommissars Steinbach in Neuenahr durch die Befähigung wird berichtet, daß sie erfolgt ist, weil Steinbach vorgeworfen wird, daß er die Verhaftung des kürzlich vom Reichsgericht wegen Spionage zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten französischen Kriminalinspektors Craemer seinerzeit in dem unbefestigten Teil von Neuenahr durch deutsche Polizei nicht verhindert habe.

Die Verhaftung Craemers erfolgte im Dezember v. J. durch deutsche Kriminalbeamte im Gasthaus „Zur Krone“ in Neuenahr. Dieses Gasthaus liegt in einem der sogenannten Übergangstreife, die auf Grund des Abkommens vom 9. April 1927 zur Verkehrserschließung festgelegt wurden. Das Befähigungsrecht der Befähigungsangehörigen ist in dem Übergangstreife von Neuenahr auf „Koffakte“ beschränkt. Wenn ein solcher Koffak vorliegt und zu welcher gefährlichen Zuständigkeit die Uebertretung dieser Bestimmung gehört, ist in diesem Abkommen nicht geregelt. Nach der Auffassung der Befähigungsmächte handelt es sich im Falle

Craemer um eine innerhalb des Übergangstreifes begangene Gesetzesverletzung, die gemäß Art. 7a des Abkommens zur ausschließlichen Gerichtsbarkeit der Befähigungsmächte gehört. Da nun die deutschen Behörden den

Schutz der Befähigungsangehörigen, zu denen Craemer gehört,

gewährleistet, soll die Verhaftung Craemers in dem Übergangstreife ein Verstoß gegen das Koblenzer Abkommen und das Rheinlandabkommen sein. Eine weitere Verletzung der geltenden Bestimmungen soll darin bestehen, daß seinerzeit der Abtransport Craemers von Neuenahr nach Köln auf einer längeren Strecke durch besetztes Gebiet ging, in welchem Craemer der ausschließlichen Gerichtsbarkeit der Befähigungsmächte unterstellt gewesen wäre. Steinbach soll nach der Verhaftung des Craemer angegeben haben, daß kurze Zeit vorher zweimal deutsche Kriminalbeamte bei ihm erschienen seien, um ihn über die Zulässigkeit der Verhaftung eines Befähigungsangehörigen zu befragen und er habe damals sofort erklärt, daß er diese für unzulässig halte.

Franz Bethge.

In Magdeburg ist am Donnerstagsabend der langjährige Geschäftsführer der Druckerei und des Verlags der „Vollstimme“, Genosse Franz Bethge, gestorben. Seit 1890, d. h. seit der Begründung des Blattes, hat er an der Spitze der Druckerei gestanden und dieses Unternehmen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aus den wirklich allerbestehenden Anfängen zu einem der stärksten und vornehmsten Druckereunternehmen der Partei entwickelt. Seit 1908 war ihm auch die Leitung des bis dahin getrennt verarbeiteten Verlags der „Vollstimme“ übertragen. Seine außerordentliche Liebe zum Buchdruckerverberuf, aus dem er hervorgegangen, verleierte mit seiner Liebe zur Partei der schaffenden Arbeit. Deshalb galt sein ganzes Streben und sein im höchsten Sinne unermüdliches Wirken der Ausdehnung und technischen Verbesserung des Betriebes, mit dem er aufs innigste verbunden war, und des Blattes, das in ihm hergestellt wird. So konnte er der Magdeburger Parteidruckerei das weit über den engeren Bezirk hinausreichende Ruf einer der auch in kunstgewerblicher Hinsicht besten Druckereien verschaffen. Genosse Bethge trat nach außen nur ungerne hervor, aber bei den Magdeburger Parteigenossen und in dem engeren Kreise der Parteigenossen hatte sein Name einen guten Klang. Seine immer hilfsbereite Liebenswürdigkeit hat ihm viele treue Freunde im Reich geschaffen. Im Frühjahr 1927 zwang den Rimmerwunden eine schwere Erkrankung, die ihn am Leben hinderte, sich von der ihm lieb gewordenen Stätte seiner Arbeit zurückzuziehen. Wer erst im Spätsommer ließ er sich bewegen, im 68. Jahre seine Lebens, endgültig in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Diesen Abschluß seiner Arbeit hat er leider nur noch kurze Zeit überleben dürfen. Sein Andenken wird in der Partei in Ehren bestehen!

Wilhelm Liebknecht-Hof in Wien.

Die rote Gemeinde ehrt unsere Vorkämpfer.

Im Innern des neuen Wiener Volkswohnungsbaues im 12. Bezirk (Meidling), Böckgasse, wird eine Gedenktafel folgenden Text enthalten: „Zum Andenken an Wilhelm Liebknecht, dem Soldaten der Revolution, wie er sich selbst genannt hat, der als Jüngling an den Freiheitskämpfen der Jahre 1848 und 1849 teilgenommen hat, für seine Ueberzeugung als Hochverräter in den Kerker ging und mit August Bebel in Deutschland der Begründer der Arbeiterbewegung und Bohnbrecher der Sozialdemokratie geworden ist. 1826—1900.“

Volkselend im Reaktionsland.

Wie es ungarischen Ländarbeitern geht.

Budapest, 16. Februar.

Auf dem Kongreß der freien Gewerkschaft der ungarischen Ländarbeiter schloß sich der Verband der Ländarbeiter an dem Dorfe. Der ungarische Ländarbeiter verdient wöchentlich höchstens zwölf Pengö (9 M.). Im Jahre 1913 hatte der Dorfpöbel nur einen Preisrentner Weizen siebenmüddrei-

szieret Lage zu arbeiten, derzeit muß er dafür fünfzehn Tage arbeiten. Ein Landarbeiter bezieht: Was er während der Arbeit erhält, bekam er keine ärztliche Pflege, von seinem Lohn aber wurde der Lohn seines Stellvertreters abgezogen. Was ein Redner die Bemerkung machte, daß die Großgrundbesitzer für Zuchthängste Milliarden ausgeben, für die Landarbeiter aber nichts übrig haben, verbot ihm der überwachende Polizist, weiterzureden, und zwar mit der Begründung: Die Hymnfraße steht nicht auf der Tagesordnung...

Mißhandlungen bei der Seheimarmee.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus interpellierte Genosse Farkas wegen der Vorfälle bei den Besenvereinen. Er führte Beschwerde darüber, daß die Mitglieder der Besenvereine roh behandelt, sogar geprügelt worden. Diese Entstellungen riefen bei der Regierungspartei begriffliche Unruhe und großen Ärger hervor. In seiner Beantwortung erklärte der Unterrichtsminister Graf Aebelsberg, in einer so großen Stadt wie Budapest können bei der Konfiskation der Besenvereine Fehler vorkommen. Die Disziplin müsse jedenfalls aufrechterhalten werden. — Bemerkenswert an dieser Antwort ist nicht nur, daß sie die Konfiskationshandlungen bei den Besenvereinen verurteilt, sondern auch die Unterdrückung von Sportorganisationen, die den Kaders der geheimen Armee — zugeht, sondern vor allem das Bekenntnis, daß es bei diesen „Körperkulturvereinen“ Konfiskation, also zwangsweise Aushebung und Musterung gibt.

Zür Reden — sieben Jahre Kerker.

Budapest, 16. Februar.

Der Student Dr. Rudolf Gaberden und seine Frau sowie sein Kollege Dr. Johann Brachaska hielten während der Ministerregierung in mehreren Volksversammlungen Reden, in denen sie für die Revolution eintraten. Nach dem Zusammenbruch der Revolution wurden im beschleunigten Verfahren Dr. Gaberden wegen mehrfacher Aufreizung, Anstiftung zur Erpressung usw. zu sieben Jahren Kerker, seine Frau zu zweieinhalb Jahren, Dr. Brachaska zu vier Jahren Kerker verurteilt. Nachdem sie amnestiert worden waren, haben sie um Wiederaufnahme des Strafverfahrens. Im neuen Verfahren wurden die Angeklagten von der ersten Instanz freigesprochen. Die zweite Instanz, die königliche Tafel, hat aber das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und das ursprüngliche Urteil wieder hergestellt. Der Tarif der Aufreizung nach Ansicht der ungarischen Gerichte bleibt also für die Geburt der Konterrevolution auch heute noch für Reden sieben Jahre Kerker!

Reitende Marinetruppen.

Managua, 17. Februar.

Am Mittwochabend ist die Stadt Trinidad von etwa 100 Kämpfern Sandinos in Besitz genommen worden. Eine Abteilung amerikanischer Seesoldaten ist vertrieben worden und ist jetzt in der Gegend von Ralagapa tätig, wo Sandino aufsteht gesehen worden ist. Man hofft, daß die Ausrüstung mit Pferden den amerikanischen Truppen dieselbe Beweglichkeit geben wird, deren sich die Aufständischen erfreuen.

Eine Junkerfrechheit.

Zumultszenen im Brandenburgischen Provinziallandtag.

In der gestrigen fünften Vollsitzung des Brandenburgischen Provinziallandtages kam es bei der Fortsetzung der Debatte über die Vorlage betreffend Beteiligung an den Kosten der Einrichtung landwirtschaftlicher Versuchsringe zu großen Zumultszenen. Nachdem der Abgeordnete Wöll (Komm.) scharfe Angriffe gegen den Landbund und das Agrarkapital gerichtet hatte, wobei er erklärte, daß die Kleinbauern vom Landbund unterjocht werden, trat Abg. v. Arnim (Bürgerl. Vereinigung) den Ausführungen des Vorredners entgegen und ging sodann auf die gestrigen Angriffe des Abg. Freier (Soz.) auf den Großgrundbesitz ein. Als er erklärte:

„Ich bin bereit, der Einwirkung der verderblichen Wahlsphäre auf die Denkfähigkeit des Abg. Freier in weitestgehendem Maße Rechnung zu tragen, muß aber sagen, daß eine ganz besonders nachnovemberlich gehärtete Eisenstirn dazu gehört, wenn ein Vertreter der Partei des hoch- und landesverräterischen Kriegsmunitionsarbeiterstreiks hier einem anderen Teile des Hauses den Vorwurf des Landesverrats macht.“

erhob sich bei den Sozialdemokraten ein ungeheurer Entrüstungsturm.

Minutenlanger Lärm und Tumult hinderten den Redner am Weiterreden, der schließlich gezwungen wurde, von der Tribüne abzutreten, ohne seine Rede beenden zu haben. Erst nach langen, vergeblichen Bemühungen gelang es dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Rauscher, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen.

Nachdem noch die sozialdemokratischen Abgeordneten Jase und Koshinski gesprochen hatten, erklärte Abg. Freier (Soz.), daß die Politik des Landbundes in neuester Zeit nach seiner Auffassung verwerflich sei, und mit Rücksicht darauf, daß zur extensiven Wirtschaft aufgefördert werde, landesverräterisch zu nennen sei. Die Auswirkung dieser Politik mache sich schon bemerkbar. Der Redner beschäftigte sich dann noch eingehender mit dem Großgrundbesitz und der Agrarproduktion und wies zum Schluß den von dem Abg. v. Arnim erhobenen Vorwurf des Kriegsmunitionsarbeiterstreiks zurück. Es seien dies dieselben Vorwürfe, die man auch dem Reichspräsidenten Ebert gemacht habe, an dessen Copalst und Unanständigkeit nicht zu zweifeln sei. Über diejenigen, die solche Vorwürfe erheben, wollten und könnten nicht objektiv denken.

Die polnische Zollerhöhung.

Scharfer Protest der Tschechoslowakei.

In der tschechischen Öffentlichkeit hat die polnische Zollerhöhung ein sehr unfreundliches Echo gefunden. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die Festsetzung der neuen Zollsätze weit über den Rahmen einer Aufwertung hinausginge und einer vollständigen Unterbindung der tschechoslowakischen Einfuhr nach Polen gleichkomme. Damit seien untragbare Verhältnisse geschaffen. Die offiziöse „Prager Presse“, das Organ des Außenministers Beneš, nennt diese Aufwertung der Zölle eine offensichtliche Verletzung des tschechisch-polnischen Handelsvertrags. Es braucht nicht gesagt zu werden, wie sehr die polnische Maßnahme gegen den Geist der Beschlüsse auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz verstöße. Es sei zu hoffen, daß Polen sich rechtzeitig von dem unheilvollen Wege, den es mit dieser Maßnahme beschritten habe, abwende.

Die in erster Linie beteiligten tschechoslowakischen Exporteure haben bereits im Außenministerium Vorstellungen erhoben und fordern eine Gegenaktion der Regierung.

Scharfer Kammertag.

Poincaré im Druck.

In der Kammer kam es bei der Weiterberatung des Nachtragsbudgets für 1927 zu einer lebhaften Auseinandersetzung, da Poincaré besonders zu einem Antrage des sozialistischen Abg. Roux, der noch Ansicht des Ministerpräsidenten eine Ausgabe von 30 Millionen Franken mit sich gebracht hätte, die Vertrauensfrage stellte und dazu erklärte, der Abgeordnete habe zu seinem Antrage vier Jahre Zeit gehabt, damit aber bis kurz vor den Wahlen gewartet. Roux äußerte sein Erstaunen darüber, daß der Ministerpräsident parlamentarische Anordnungen als Wahlmanöver hinstelle und warf ihm vor, daß er gegabene Versprechungen nicht eingehalten habe. Abg. Durafour (Rad.) präziserte dagegen, daß durch sorgfältige Stellung der Vertrauensfrage die parlamentarische Freiheit behindert werde, was den Präsidenten zu der Entgegnung veranlaßte, die Vertrauensfrage sei ein Prinzip des Parlamentarismus selbst. Er wolle lieber das Kabinett gestürzt als das Budget im Defizit sehen. Das Haus folgte dann auch, wie üblich, dem Willen des Ministerpräsidenten und nahm eine Reihe von Kritiken an, darunter Artikel 23, der die Goldsteuer von der Zahlung der 2 Proz. des Wertes betragenden Umsatzsteuer befreit. Diese Steuerbefreiung, die in erster Linie der Bank von Frankreich die Neubildung ihrer Goldreserven ermöglichen soll, gilt nur für Gold in rohem Zustande, also Barren, Staub und Münzen, nicht aber für Goldschmuckstücke u. dergl. Nachdem Poincaré der Kammer seinen Dank dafür ausgesprochen hatte, daß sie den tschechoslowakischen Nachtragsetat lebensfähig gestaltet habe, wurde die Gesamtvorlage mit 400 gegen 120 Stimmen angenommen. Das Haus vertagte sich auf Dienstag.

Der Straßburger Besuch Poincarés.

Einer der bei der Rundgebung anlässlich der Abreise Poincarés aus Straßburg festgenommenen Kommunisten wurde wegen Widerstandes gegen die Polizeibeamten zu 25 Franken Geldstrafe verurteilt.

Schöne Worte Nowinskis.

Toten bleiben abzuwarten.

Oslo, 17. Februar.

Staatsminister Nowinkel gab im Storting folgende Erklärung ab: Die Regierung, die links eingestellt ist, betrachtet es als ihre wichtigste Aufgabe, die Arbeiten zur Stärkung der Finanzen in Staat und Gemeinden fortzusetzen, die Ruhe und das Vertrauen in unsere Geldverhältnisse, die für das Arbeitsleben und den Sparwillen so notwendig sind, zu befestigen und die produktive Kraft des Landes zu erhöhen. Die Regierung will unter Berücksichtigung der Tragkraft des Landes die Bestrebungen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Volkes fördern und die nationalen und kulturellen Aufgaben lösen. Sie rechnet unter den vorliegenden Verhältnissen auf eine lokale Zusammenarbeit von Storting und Volk.

Neuwahlen Frankreich-Deutschland.



„Und nun wollen wir sie dreschen!“

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Neue Niederlage der Aufständischen.

Mexiko-Stadt, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag gab es im Staat Jalisco zahlreiche Zusammenstöße. Im Kampfe mit Bundesstruppen fielen 70 Rebellen und eine große Anzahl gefangener Rebellen wurde erschossen.

Die Erschießung Gefangener kann nicht die Billigung derjenigen finden, die sonst dem Abwehrkampf der fortschrittlichen Regierung Mexikos gegen ihre brutalen Gegner vollen und nachhaltigen Erfolg wünschen.

Die verfrachtete Landmannsbank.

Dänemark sucht Auslandsgeld. — Sozialdemokratische Kritik

Kopenhagen, 16. Februar.

Die Vertreter einer englischen und einer schwedischen Großbank trafen hier ein, um über die von dänischen Staat geplante Auslandsanleihe über 40 Millionen Dollar (rund 170 Millionen Goldmark) zu verhandeln. Zweck der Anleihe ist die endgültige Erledigung des Landmannsbankstandes. Die von den beiden Bankdirektoren vertretene Finanzgruppe erklärte sich bereit, einen Posten Aktien der Landmannsbank zu übernehmen.

Als vor fünf Jahren die dänische Landmannsbank in Kopenhagen, eines der größten privaten Geldinstitute Dänemarks, zusammenbrach, konnten die verhängnisvollen Folgen dieses Bankbruchs für die gesamte dänische Wirtschaft nur durch schnelles Eingreifen der Regierung gemildert werden. Die Bürgschaftsübernahme der Regierung für die rund 145 Millionen Mark Schulden des Unternehmens konnte wohl eine augenblickliche schwere Krise verhindern, sie konnte aber das Schuldenproblem dieser Großbank, dessen Ursprung in leichtfertigen und verheerenden Spekulationen zu suchen ist, nicht aus der Welt schaffen.

Jetzt überrascht die dänische Regierung den Reichstag mit dem Entwurf einer sehr merkwürdigen Lösung, die in der Öffentlichkeit größte Erregung und allgemeinen Widerspruch ausgelöst hat. Zunächst hat die Sanierungskommission der dänischen Nationalbank die unerfreuliche Feststellung machen müssen, daß die tatsächliche Schuld der Landmannsbank nicht 130 Millionen Kronen (145 Millionen Mark), sondern 172 Millionen Kronen, also fast 200 Millionen Mark beträgt. Der Regierungsvorschlag sieht nun eine Liquidation der alten Bank und die Errichtung einer neuen Bank vor, für welche die bisherige Staatsgarantie wegfallen soll. Die Gehebeln der Gläubiger sollen bei der liquidierenden Bank vorläufig weiter garantiert bleiben und mit Hilfe einer Auslandsanleihe von 100—150 Millionen Mark an die Bankgläubiger ausgezahlt werden, über die — wie oben berichtet wird — jetzt Verhandlungen schweben.

Dieser Entwurf wird jetzt im dänischen Reichstag diskutiert werden. Schon heute zeigt sich, daß durch die Stellung der Parteien zum Regierungsentwurf die politische Lage sich für die Regierung krisenhaft zugespitzt hat. So bezeichnet der Führer der dänischen Sozialdemokraten, Stauning, diesen Vorschlag als eine Bankrottklärung der Regierung, die in Erkenntnis ihrer Ohnmacht, dieses Problem aus eigenen Kräften zu lösen, zurücktreten möchte. Auch das Kopenhagener Organ „Sozialdemokraten“ erklärt, daß für eine Regierung Fluch gemacht werden müßte, die fähig sei, eine endgültige Regelung des auf der ganzen dänischen Wirtschaft lastenden Problems zu finden.

Diese scharfen Angriffe sind besonders dadurch erklärlich, daß die Regierung sich bis zum 15. Februar zu einer Lösung verpflichtet hatte und wegen der Schwierigkeiten, die mit der Unterbringung der Auslandsanleihe verbunden sind, die Angelegenheit weiter hinausschieben will. Die sozialdemokratische Opposition richtet sich außerdem aber noch gegen den Plan, diese Großbank in neuer Gestalt wieder als Privatbank entstehen zu lassen, deren Schulden letzten Endes die Masse der Steuerzahler zu begleichen hätte.

Russischer Wohnungsbau.

Eine Stichprobe.

Auf die Feststellungen des Genossen Dr. Zueggeler im Landtag über den russischen Wohnungsbau hat der kommunistische Redner mit den üblichen wütenden Schimpfepisteln geantwortet. Die „Rote Fahne“ hat diese Selbstbereinigung recht ausführlich wiedergegeben, in der Absicht, ihre eigenen Feststellungen zu verwickeln.

Wir wollen deshalb der „Roten Fahne“ ihre eigenen Mitteilungen über den russischen Wohnungsbau noch einmal ins Gedächtnis rufen. Sie brachte am 29. Dezember 1927 eine Mitteilung mit der Aufschrift: „40000 Werktätige Moskauer erhalten neue Wohnungen“. In der Mitteilung heißt es, daß in 385 Häusern 172000 Quadratmeter Gesamtmohnfläche vorhanden sei; außer den planmäßigen wären noch weitere 40000 Quadratmeter Mohnfläche erstellt worden und dann wird recht befriedigend festgestellt: „Somit erhalten die Werktätigen Moskaus über 200000 Quadratmeter Wohnfläche“ und zum Schluß heißt es: „Insgesamt werden rund 40000 Werktätige in die neuen Wohnungen Einzug halten.“

Wollen wir ein Beispiel:

210000 Quadratmeter Wohnraum, geteilt durch 40000 Werktätige, heißt, daß jede Wohnung 5 1/4 (fünfeinviertel) Quadratmeter Wohnraum enthält. Nehmen wir nur an, daß auch in Moskau, was zwar nicht sehr wahrscheinlich ist, jede Wohnung, wie in Berlin, im Durchschnitt mit rund 3 1/2 Räumen bewohnt ist, dann sitzen in einer solchen Wohnung mit 5 1/4 Quadratmeter Flächeninhalt 3 1/2 Bewohner oder für jeden Bewohner steht rund 1 1/2 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung.

Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll, über die Frechheit der „Roten Fahne“, solche Bautätigkeit als einen Erfolg der Rüstung zu verkünden, oder über den kommunistischen Redner in der Wohnungsdebatte im Landtag, den bekannten Hundepfeifer-Schulz, der die Stirn hatte, zu behaupten, in Leningrad habe jeder Arbeiter eine vierzimmerige Wohnung und in den Industriegebieten werde ein großzügiges Wohnungsbauprogramm durchgeführt.

Einer von beiden muß lügen. Aber nehmen wir an, daß es wirklich wahr ist, daß der Arbeiter in Rußland für seine Wohnung nur 7 Rubel monatlich für Miete aufzubringen habe, dann wollen wir doch festhalten, daß für eine Wohnung von 5 1/4 Quadratmeter Größe auch 7 Rubel (also 14 M.) monatlich viel zu viel sind.

Im übrigen empfehlen wir, den Vertretern der Stalin-Zentrale das eifrige Studium der Broschüre „Die Plattform der russischen Opposition“ von Sinowjew. Dort kann man näheres über die Wohnungsverhältnisse der russischen Industriearbeiterschaft nachlesen.

Siktowij sprengt Konferenz.

Berliner Argentinien in Savanna legt Klemmer nieder.

Savanna, 17. Februar.

Buenos Aires, Vertreter Argentinien auf der Panamerika-Konferenz, legte seine Delegation nieder. Er verzichtete auch auf seinen Vorkämpferposten in Washington.

Buenos Aires, 17. Februar.

Die Blätter der argentinischen Hauptstadt verurteilen den plötzlichen Rücktritt Buenos Aires von seinen diplomatischen Vertretern. Selbst die Zeitungen, die keine idealistischen Beweggründe anerkennen, erklären, er habe gegen seine Instruktion gehandelt und die gehörigen Grenzen überschritten.

Buenos Aires ist ein sehr sprunghafter Herr. Er hat schon einmal genau dasselbe getan. 1920, auf der ersten Völkerverammlung, führte er ebenfalls die argentinische Vertretung. Er brachte den Antrag, ein, daß alle Staaten der Welt ohne weiteres dem Völkerverbund angehören sollen. Das aber hatte die Vereinfachung des Völkerverbundes geändert; die schreibt vor, daß ein Staat, der eintreten will, sich anmelden muß; über seine Aufnahme wird abgestimmt. Damals wollten die Siegermächte Deutschlands Aufnahme noch nicht. So blieb Buenos Aires allein auf weiter Flur mit seinem Enthusiasmus für den allumfassenden Völkerverbund. Hals über Kopf kaufte er davon — man vermutete zunächst, nach Berlin —, um einen Gegenvölkerverbund zu gründen. Seit diesem Tage hat sich Argentinien an den Völkerverbundstagen noch nicht wieder beteiligt.

Jetzt, auf der Panamerika-Konferenz, lag etwas Nehmliches vor. Buenos Aires beantragte, die panamerikanische Union solle das Recht erhalten, die Zollsätze der einzelnen Staaten zu untersuchen. Die Hochschutzzöllner der Vereinigten Staaten widersetzten sich natürlich entschieden diesem Vorschlag. Aber auch die übrigen Süd- und Mittelamerikaner lehnten das als einen internationalen Eingriff in ihre eigene Wirtschaftspolitik ab. So blieb Buenos Aires wieder einmal allein. Wieder ging sein Temperament mit ihm durch und wieder legte er sein Amt nieder. Aber diesmal macht seine Regierung nicht wieder mit. Argentinien bleibt auf der Konferenz und Buenos Aires auf der Strecke.

Die Aussperrung in Berlin.

Aufruf an alle Metallarbeiter und -arbeiterinnen Berlins.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat aus Solidarität gegenüber den mitteldeutschen Metallindustriellen den Beschluß gefaßt, am 22. Februar 1928 die Metallarbeiter im Reich auszusperrn. Auf Grund dieses Beschlusses haben die Metallindustriellen, soweit sie im Verband Berliner Metallindustrieller organisiert sind, ihre Belegschaft von dieser Tatsache durch Anschläge informiert und die in den Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zum 22. Februar d. J. gekündigt. Durch diesen Beschluß werden in Berlin rund 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße geworfen.

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat in einer Entschliebung die Stellung unserer Organisation zum Beschluß der Metallindustriellen zum Ausdruck gebracht und fordert die Kolleginnen und Kollegen im Lande auf, den ihnen aufgezwungenen Kampf in der gleichen und mustergültigen Weise fortzusetzen, wie ihn unsere mitteldeutschen Kollegen bis zur Stunde geführt haben.

bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind.

Diesen Beschluß machen wir uns zu eigen und fordern die Metallarbeiter Berlins auf, sich geschlossen hinter die Anweisungen ihrer Organisation zu stellen, damit der geschlossenen Front der Unternehmer die einzige, disziplinierte Front der Arbeiter gegenübergestellt werden kann.

Jeder Betrieb, der von der Aussperrung betroffen wird, hat sofort der Ortsverwaltung von dieser Tatsache Mitteilung zu machen und ebenfalls dem Bureau Name und Adresse der Streikleitung mitzuteilen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Zu allen Opfern bereit!

Entschliebung der schlesischen Metallarbeiter.

Eine Sympathieumgebung für die streikenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands wurde die Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Breslau in Bunzlau. Die Konferenz vertrat rund 40 000 Mitglieder des Verbandes. Den kämpfenden Kollegen sicherte die Konferenz weitestgehende Unterstützung zu, falls diese notwendig werden sollte. Der Vorstand wurde von der Konferenz aufgefordert, trotz der Aussperrungsandrohung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen von der bisherigen Haltung nicht abzugehen. Falls die Metallindustriellen den Großkampf unbedingt wollten, seien die Kollegen des Bezirkes Breslau zu allen Opfern bereit.

Die Konferenz beurteilte aufs Schärfste die Einmischung der kommunistischen Presse und der kommunistischen Partei in den Kampf und betonte, daß die Festlegung der Taktik einzig und allein Sache der verantwortlichen Verbandsleitung, nicht aber außenstehender Personen sei.

Es wird ausgesperrt!

Auch in Bayern — trotz verbindlichem Schiedspruch.

Nürnberg, 17. Februar.

In Ausführung des Beschlusses des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ist heute in sämtlichen dem bayerischen Industriellenverband angeschlossenen Metall verarbeitenden Betrieben

die Bekanntmachung angeschlagen worden, daß die Belegschaften am 22. Februar mit Arbeitschluß ausgesperrt werden. Von der Aussperrung dürften in ganz Bayern etwa 80 000 bis 85 000, davon in Nürnberg-Fürth allein mehr als 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden.

Vor zwei Tagen hat der bayerische Sozialminister einen Schiedspruch für verbindlich erklärt, der die Löhne der bayerischen Metallarbeiter um 6 Proz. erhöht. Gestern erfolgte die Ankündigung der Aussperrung. Das ist eine sehr drastische Kundgebung der Arbeitgeber der Hitler- und Ehrhardt-Banden, die man sich merken wird.

Im Musterväandle will man nicht recht.

Man „verschleibt“ um zwei Wochen.

Karlsruhe, 17. Februar.

Der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens gibt bekannt, daß ab 7. März die gesamte Belegschaft des Landesbezirks Mittelbaden ausgesperrt wird. Es kommen rund 15 000 Arbeiter in Frage.

Besonders gelagerte Verhältnisse.

Mannheim, 17. Februar.

Gemäß den Beschlüssen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller haben auch die Unternehmerverbände Badens und der Rheinpfalz heute die Kündigung der gesamten Metallarbeiter einheitlich ausgesprochen. In Mannheim werden von der Maßnahme 25 000, in Mittelbaden 15 000, in ganz Baden 45 000 Arbeiter betroffen. In der Rheinpfalz fallen unter die Aussperrung etwa 20 000 Arbeiter. Da die Kündigungsfrist bei den einzelnen Betrieben verschieden ist, wird die Aussperrung nicht einheitlich am 22. Februar in Kraft treten. So werden die Arbeiter in Mittelbaden erst zum 7. März ausgesperrt. Die Kündigungsfrist in dem Freiburger Bezirk beträgt vierzehn Tage, so daß die Aussperrung erst zum 3. März erfolgt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Rheinpfalz. In allen großen Betrieben der Metallindustrie hinaus wurde gleichfalls für den 22. d. M. die Kündigung ausgesprochen. Nur die Unternehmer der Edelmetallindustrie werden sich an der Kündigung nicht beteiligen.

Keine Aussperrung in Ostpreußen.

Königsberg, 17. Februar. (II.)

Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, werden die ostpreussischen industriellen Betriebe von der in der deutschen Metallindustrie drohenden Gesamtaussperrung nicht betroffen, da die Arbeitgeber der Provinz mit Rücksicht auf die besonderen ostpreussischen Verhältnisse dem Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands nicht angeschlossen sind.

Bayerische Kritik.

Die Regierung redet den Unternehmern gut zu.

München, den 17. Februar. (II.)

Die Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände hielt heute ihre fünfzehnte Jahresversammlung ab, zu der neben zahlreichen Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden erschienen waren. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Zickermann-Nürnberg, wies auf den schweren Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine für die Arbeitgeber tragbare Verständigung in dem Konflikt gefunden werde. Der Staatssekretär des bayerischen Handelsministeriums, Freiherr von Welfer, gab im Namen der bayerischen Regierung dem Wunsch Ausdruck, daß es der Arbeitgeberchaft gelingen möge, in dem Konflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie in maßvollen Ermägungen den Weg zu finden, der eine Erschütterung des Wirtschaftslebens ausschaltete, eine Bemerkung, die den Vorjüngenden zu der Feststellung

veranlaßte, daß die Arbeitgeber diesen Kampf nicht wollten, sondern daß er ihnen aufgezwungen worden sei. In dem bisherigen Verlauf des Konfliktes hätten vielleicht nicht allein die Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen verfaßt, sondern auch Regierungsstellen, die es nicht fertig brachten, einen Spruch zu fällen.

Luxemburg hat ratifiziert!

Eine Ohrfeige für England.

Luxemburg, 17. Februar.

Die luxemburgische Kammer ratifizierte in ihrer gestrigen Sitzung das Washingtoner Arbeitsabkommen mit allen gegen zwei Stimmen.

Dieses gute Beispiel zeigt, daß es nicht notwendig ist, auf England, d. h. die englische Regierung, zu warten. Es geht auch so, auch in Deutschland.

Verbindlicher Schiedspruch für die Weserschiffahrt.

Der vom Dortmunder Schlichter gefällte Schiedspruch für die Weserschiffahrt ist vom Reichsarbeitsminister auf Grund dieser Tage stattgefundenen Nachverhandlungen für verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeitserklärung war vom Deutschen Verkehrsverband beantragt worden. Damit ist eine Ausdehnung des zurzeit immer noch todenen Streiks in der Binnenschiffahrt der westdeutschen Kanäle auf die Weser vermieden worden.

Drei Mark Lohnerhöhung.

Ein Angebot der Unternehmer — in England.

London, 17. Februar. (II.)

Die britische Reederei-Vereinigung hat auf einer gestrigen gemeinsamen Zusammenkunft mit Gewerkschaftsvertretern der verschiedenen im Schiffbau beschäftigten Arbeitergruppen einen Vorschlag auf Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um drei Schilling pro Woche unterbreitet, während die Gewerkschaften zehn Schilling und zehn Prozent bei Akkordarbeit verlangten. Das Angebot der Reedereibesitzer war an die beiden Bedingungen geknüpft, daß die Gewerkschaften gemeinsam mit den Reedereibesitzern ein Schema für die automatische Regulierung der Löhne ausarbeiten, und daß die Gewerkschaften in Fragen der Arbeitsorganisation mit den Arbeitgebern zusammenarbeiten sollten. Die Gewerkschaftsvertreter legten zu, die Vorschläge ihrer Organisationen zu unterbreiten, während von Arbeitgeberseite darauf hingewiesen wurde, daß die Schiffbau-Industrie noch immer über einen Arbeitslosenbestand von 21 Proz. verfügt gegenüber einem Durchschnitt von 9,8 Proz. der übrigen Industrien. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß eine Lohnerhöhung auch in dem von ihnen angebotenen Umfang die britische Wettbewerbsfähigkeit, namentlich gegenüber der deutschen Konkurrenz, weiter stark beeinträchtigt und in vielen Fällen zu einer verbleibenden Durchführung von Aufträgen in vielen anderen überhaupt zu einem Abwandern der Aufträge an andere Länder führen wird.

Zur Generalversammlung der Schuhmacher ist noch nachzutragen, daß bei der Wahl der Ortsverwaltungsmitglieder unsere Genossen eigene Kandidaten aufstellten. Bei der Wahl des Schriftführers, die durch Stimmzettel vorgenommen wurde, erhielt der kommunistische Kandidat Wust 214, unser Genosse Häpfer 79 Stimmen oder 27 Proz. der Stimmen. Auch bei den Abstimmungen durch Handaufheben blieb das Stimmenverhältnis ungefähr dasselbe. Diesen Unterstützungserfolg dankten unsere Genossen der rührigen Aufklärungsarbeit, die in der letzten Zeit geleistet wurde.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin, Deuts. Sonnabend, 17. Febr. legt die Gruppe Baumkulturbewegung im Jugendheim Baumkulturbewegung, Genslerstr. 18, Bierschöckchen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Filiale Berlin, Dienstag, 21. Februar, 19 Uhr. Mittelbetriebsversammlung der Betriebsabteilung in den Sophien-Alten, Sophienstr. 17-18. Tagesordnung: 1. Die Lohnbewegung in der Branche; welche Aufgaben haben wir zu erfüllen? 2. Wahl der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung. 3. Branchenfragen. Sämtliches Erscheinen ist Pflicht. Nur Mitglieder der Branche, welche mit den Freunden nicht über vier Wochen im Rückstand sind, haben Zutritt.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geiger; Schriftföhrer: G. Kfingelbiller; Gewerkschaftsbewegung: H. Ehlert; Anzeigen: A. S. Böcher; Polaris und Sonstige: Fritz Kurland; Anzeigen: H. Glöde; Sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68. Einbrennstreife A. Siegen 2. Verlagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Fesche Hüte

für den Übergang und Frühling



675 1



750 2



750 3



750 4



675 5

Frühjahrshüte 750
Frühjahrshüte
aus Strohhalm, mit Lackband garniert, aus schwarz u. dunkelblau (w. Abb. 2 u. 3)

Frühjahrshüte 675
Frühjahrshüte
neue Zusammenstellung v. Filz u. Strohhalm (w. Abb. 5)

Frühjahrshüte 750
Frühjahrshüte
schlichte Formen, Strohhalm i. Kreuze-art, schwarz u. dunkelblau (w. Abb. 4)

Frühjahrshüte 675
Frühjahrshüte
neue Zusammenstellung v. Filz u. Strohhalm (w. Abb. 5)

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Strasse, Brunnenstr., Kottbuser Damm, Wilmersdorfer Strasse, Andreasstrasse, Chausseestrasse

Heute Fortführung des Kranz-Prozesses.

Dr. Frey wieder Verteidiger.

Gestern Freitag nachmittag hatten sich der Vorsitzende des Schwurgerichts II, Landgerichtsdirektor Duff, und die beiden Beisitzer, Landgerichtsräte Nagel und Borch, nach dem Krankenhaus begeben, um durch eine Rücksprache mit dem leitenden Arzt des Krankenhauses, Prof. Dr. Glaser, festzustellen, ob Kranz am nächsten Tage verhandlungsfähig sein werde. Durch einen merkwürdigen Zufall traf hier Direktor Duff mit dem ehemaligen Verteidiger Kranz, Rechtsanwalt Frey, zusammen. Im Anschluß hieran kam es zu Vermittlungsversuchen, um den Konflikt zwischen Landgerichtsdirektor Dr. Duff und Rechtsanwalt Dr. Frey aus der Welt zu schaffen. Die Besprechung zwischen den beiden Herren, die übrigens in einer Privatwohnung stattfand, führte zu einer gütlichen Beilegung des Konflikts, und es ergab sich noch etwa einstündiger Besprechung folgendes: „Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Landgerichtsdirektor Dr. Duff und Dr. Frey sind gütlich beigelegt und Rechtsanwalt Dr. Frey hat daraufhin die Verteidigung des Angeklagten Paul Kranz wieder übernommen.“

Die Prozeßbeteiligten wurden darauf zu Sonnabend früh 9 Uhr nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg bestellt. Es wird jedoch voraussichtlich dort keine Verhandlung stattfinden, sondern nur die Feststellung des Gesundheitszustandes von Kranz erfolgen. Sodann wird, da Kranz nach der Auskunft der Ärzte sicher transport- und verhandlungsfähig sein wird, die Verhandlung in voller Öffentlichkeit in Moabit fortgesetzt werden. Landgerichtsdirektor Dr. Duff und R.-M. Dr. Frey werden sich in öffentlicher Sitzung in entsprechenden Erklärungen äußern, und hierauf werden noch die weiteren Sachverständigen ihr Urteil abgeben, so daß am Montag die Plädoyers beginnen können. Vorausgesetzt ist hierbei allerdings, daß kein Zwischenfall eintreten und die Verhandlung programmäßig ihren Verlauf nehmen wird.

Das Zusammenreffen im Krankenhaus.

Ueber den Ablauf der gestrigen Ereignisse, die dann zu dem mitgeteilten Ergebnis führten, erhalten wir folgende Darstellung:

Prof. Glaser konnte zunächst Direktor Duff keine bindende Erklärung abgeben, ob Kranz zur Verhandlung nach Moabit transportfähig sein werde. Dagegen konnte er mit Bestimmtheit zustimmend, daß eine Verhandlung von kurzer Dauer am Krankenbett von Kranz oder in einem Raume der Station möglich sein werde. Daraufhin entschloß sich das Gericht für eine Verhandlung im Krankenhaus. Durch Rohrpostkarten wurden die Prozeßbeteiligten, die Geschworenen, die Staatsanwaltschaft, der Offizialverteidiger Rechtsanwalt Arthur Schulz und die Sachverständigen benachrichtigt, daß sie sich am Sonnabend um 1/2 Uhr zu der Sitzung im Krankenhaus einzufinden hätten. Außerdem wurden mit dem zuständigen Polizeirevier die notwendigen Abfertigungsmassnahmen vereinbart, da man naturgemäß befürchten muß, daß die Abhaltung des Verhandlungstermins im Krankenhaus eine große Menschenmenge anziehen werde. Während der Beratung der Richter mit dem leitenden Arzt war auch der frühere Verteidiger des Angeklagten Kranz, Rechtsanwalt Dr. Frey, im Krankenhaus erschienen, um Kranz aufzusuchen. Infolge einer solchen Führung geriet er in das Beratungszimmer des Gerichtes mit dem Arzt. Es entstand dadurch eine recht peinliche Situation. Rechtsanwalt Dr. Frey erklärte, daß er nur als Freund des Hauses

Kranz auf Wunsch des Vaters dem Kranken einen Besuch abstatten wolle.

Ein Brief Paul Kranz' an seinen Verteidiger.

Paul Kranz hatte an Rechtsanwalt Dr. Frey aus dem Krankenhaus folgenden Brief geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Doktor Frey! Nach jenem traurigen Zwischenfall bin ich in eine recht mißliche Lage gekommen. Ich kann nie und nimmer einen anderen Anwalt das Vertrauen schenken, das ich für Sie haben werde. Nur Sie allein besitzen mein volles Vertrauen. Lassen Sie mich daher an dieser Stelle noch einmal die dringende Bitte aussprechen, daß Sie, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, meine Verteidigung wieder aufnehmen möchten und mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für meinen Freispruch kämpfen. Soll ich 7 1/2 Monate umsonst unschuldig — unter der furchtbarsten Anklage stehend — in Untersuchungshaft geblieben haben? Wollen Sie sich umsonst um die gute Sache der Gerechtigkeit so verdient gemacht haben? All mein Vertrauen gehört Ihnen. Mögen Sie doch meiner Bitte willfahren. Ich gebe Ihnen hiermit ausdrücklich Vollmacht, meine Verteidigung zu übernehmen. Ich sehe ein, daß man Sie schwer getränkt hat, aber setzen Sie bitte um meiner Unschuld willen alles Persönliche hinten. Ich werde stets bleiben Ihr dankbarer und ergebener Paul Kranz.“

Mein Befinden sehr schlecht.“

Bei der Besprechung mit dem Gericht hatte Prof. Glaser denselben Standpunkt vertreten, den auch schon die Gerichtsärzte und medizinischen Sachverständigen hervorgehoben hatten, daß die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten nicht unwesentlich von der Tatsache beeinflusst werden würde, daß der alte Verteidiger, den Kranz monatelang kennt, und zu dem er Vertrauen gefaßt hat, ihm auch weiter zur Verfügung steht.

Im Laufe des späteren Nachmittags legten neue Vermittlungsversuche ein, um den Konflikt zwischen Landgerichtsdirektor Duff und Rechtsanwalt Dr. Frey aus der Welt zu schaffen und dem letzteren die Wiederübernahme der Verteidigung zu ermöglichen. Es fand eine Zusammenkunft beider Beteiligten statt, an der auch die beiden Vermittler, Rechtsanwalt Arthur Schulz und Rechtsanwalt Dr. Anderssen, sowie in Begleitung von Dr. Duff Landgerichtsrat Becker teilnahmen, die den oben bereits mitgeteilten Erfolg hatte.

Es verdient noch die Nachricht vermerkt zu werden, die in einem gestrigen Abendblatt zu lesen war. Es wurde darin unter einem gewissen Vorbehalt behauptet, daß der Staatsanwaltschaftsessor Dr. Hoffmann, der sich während der Gerichtsverhandlung eigenartig benommen hat, der eigentliche Urheber der Anklage gegen Kranz gewesen sei. Als nämlich niemand von den Berliner Staatsanwälten sich bereit erklärt habe, die äußerst zweifelhafte Anklage gegen Kranz zu erheben, sei der Staatsanwaltschaftsessor in die Bresche gesprungen. Er soll dies auf Veranlassung eines höheren Justizbeamten getan haben in der Hoffnung, sich durch den Prozeß Kranz seine Spuren zu verdienen. Sollte das alles den Tatsachen entsprechen — es würde allerdings in das Gesamtbild, das man während des Prozesses von dem schonerwähnten Herrn Staatsanwaltschaftsessor erhalten hat, hineinpassen, so dürfte er allerdings eine arge Enttäuschung erleben. Der Prozeß Kranz war nicht dazu angetan, als Sprungbrett für eine Karriere zu dienen. Tücher einer Blamage konnte man da nichts ernten.

Karlchen Migid.

Einbrecher, Meisterspringer und Zauberer.

Nicht nur in seinem Namen, sondern auch in seinem Äußeren erinnert Karl Migid, den die Kriminalpolizei jetzt glücklich fahste, an Karlchen Wiesnid, den ewigen Quartaner: Ein schlankes und schmächtiges Kerlchen, das man schon deswegen gern Karlchen nennt. Ein Umstand aber unterscheidet ihn ganz erheblich von jenem phlegmatischen Quartaner, das ist seine geradezu ungläubliche Fertigkeit im Springen, die ihm schon manchemal zugute gekommen ist, wenn ihm „Greifer“ auf den Pelz rückten. Diesmal aber hat ihm seine Kunst, die einem Artisten Ehre machen würde und ihm den Ehrennamen der Springer einbrachte, nichts genützt. Ganz zum Schluß aber bewies er, daß er sogar Zauberkünste versteht.

Karl Migid war seinerzeit beteiligt bei dem großen Silberwareneinbruch bei Posen Bm., unter den Linden, und bei dem Seibenbruch bei Schmidt und Lorenzen an der Ecke der Leipziger und Charlottenstraße. Hier hatte die Bande für 250000 Mark Seide bereits zusammengepackt, mußte aber alles auf dem Hausflur im Stich lassen. Zu diesen beiden kamen noch acht schwere Einbrüche und Migid erhielt sechs Jahre Gefängnis. Nach Verbüßung von zwei Jahren entwich er im November v. J. aus Blöhensee, wie er sagt, nur aus Liebe zu seiner Frau. Am hellen Tage sprang er, als er im Arbeitshause beschäftigt war, zum Fenster hinaus, ließ über den Hof und kletterte über die hohe Mauer. Auf der anderen Seite standen seine Freunde mit einem Auto bereit und jagten mit ihm davon. Bald nach seiner Flucht merkten die Beamten des Sonderdezerats für Konfessionseinbrüche, daß „Karlchen“ wieder tätig sein mußte. Sie suchten ihn eifrig, haben ihn auch mehr als einmal in der Gegend des Alexanderplatzes, konnten ihn aber nicht fassen. „Karlchen“, der ebenjogut sah wie die Beamten, die er ja kannte, verschwand behende im Gewühl und entkam. Als er bei einem Einbruchversuch in der Rheinstraße zu Fribbenau auf frischer Tat erlappt wurde, wies er sich auf der Wache des Reviers mit Papieren auf den Namen König aus, sprang durch das Fenster aus dem zweiten Stock hinab und verschwand.

Endlich fanden Kriminalkommissar Braschwig und seine Beamten jetzt eine Spur, die nach der Grenadierstraße führte. Sie ermittelten, daß der Diebgestuchte hier im dritten Stock in einer Wohnung hauste, die drei Ausgänge hat. Während einige Beamte den Hof des Grundstückes besahen, drangen andere vorn ein. Mit gelenktem Kopf und angelegtem Ellenbogen rannte „Karlchen“ wie ein müdernder Bulle einem Beamten vor dem Bauch, um ihn zu Fall zu bringen. Das mißlang. Blühwell wandte sich „Karlchen“ um und rannte ans Fenster, um hinauszufliehen. Als er jedoch in die Rindungen mehrerer Revolver blühte, bekam er sich, gab den Fluchtversuch auf und ließ sich festnehmen und nach dem Polizeipräsidium bringen. Während seines ersten Verhörs versuchte er, als man ihm Essen gebracht hatte, sich mit dem Messer die Pulsader aufzuschneiden, wurde aber daran verhindert. Eine Pistole, eine gute Parabellumpistol, die er stets bei sich führte, wurde bei der Kleiderdurchsuchung nicht gefunden. Später entdeckte man sie in der Manteltasche eines Beamten, in die er sie heimlich hineingesteckt hatte. Einen von dem ihm zur Last gelegten Einbrüche hat er bereits zugegeben. Einer seiner Komplizen ist auch bereits festgenommen. „Karlchens“ Hebler ist indessen verschwunden und wird von der Kriminalpolizei noch gesucht. Es ist ein gewisser Fintel.

Die Opfer des furchtbaren Autounfalls am Reichstagsufer, die 40jährige Frau Emma Tinius und deren achtjähriger Sohn Gerhard werden, wie wir erfahren, heute nachmittag auf dem Bankower Friedhof zur letzten Ruhe geleitet.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Sehen Sie sich und halten Sie Frieden,“ ertönte eine sehr klare Stimme, „oder man wird Sie von hier fortjagen.“

Irgendetwas machte Vater Amerton auf eine stille Gestalt an seiner Seite aufmerksam. Er begegnete den Augen eines schlanken Jünglings, der ihn scharf betrachtete, wie ein Porträtmaler ein neues Modell. In seinem Benehmen lag keine Drohung, er stand ganz still, und doch ließ seine Erscheinung Vater Amerton förmlich in den Erdboden versinken; dem großen Prediger ertarb der Ton in der Kehle.

Mr. Burleigh erhob seine helle Stimme, um einen Streit abzuwenden: „Mr. Serpentin, mein Herr, ich wende mich an Sie und bitte um Entschuldigung. Er ist nicht ganz zurechnungsfähig. Wir anderen bedauern die Störung — den Zwischenfall. Ich sehe Sie an, schaffen Sie ihn bitte nicht fort, was immer Sie auch unter „fortjagen“ verstehen mögen. Ich werde persönlich für sein gutes Betragen einstehen. So sehen Sie sich doch, Mr. Amerton, bitte; sofort; oder ich wasche meine Hände in Unschuld.“

Vater Amerton zauderte. „Meine Zeit wird kommen,“ sagte er, und blickte dem jungen Mann einen Moment in die Augen, dann kehrte er zu seinem Sitz zurück.

Arthred sprach ruhig und klar: „Ihr Erdlinge seid als Gäste schwierig zu behandeln. Das ist noch nicht alles. Es liegt auf der Hand, daß die Bestimmung dieses Mannes sehr unsauber ist. Seine sexuelle Phantasie ist offenbar entstammt und tranthaft. Er ist erboht und bestrebt, zu beleidigen und zu verletzen. Der Värm, den er vollführt, ist furchtlich. Morgen muß er gepreßt und behandelt werden.“

„Wie?“ fragte Vater Amerton und sein rundes Gesicht wurde plötzlich fahl. „Was meinen Sie mit „behandelt“ werden?“

„Bitte reden Sie nicht,“ sagte Mr. Burleigh, „bitte reden Sie gar nicht mehr. Sie haben schon genug Unheil angerichtet.“

Für den Augenblick schien der Zwischenfall erledigt zu sein, aber in Mr. Barnstaples Herzen hinterließ die Furcht einen schmerzhaften Keim. Diese Utopen waren wirklich sehr liebenswürdige und angenehme Leute, aber einen Moment lang schien ihre mächtige Hand über der Erdlingschar zu drohen. Rings um die Besucher war alles Sonnenglanz und Schönheit, nichtsdestoweniger waren sie Fremde und ganz hilflose Fremde, in einer unbekannten Welt. Die

Gesichter der Utopen waren gutmütig, ihre Augen neugierig und in gewisser Art freundlich, aber viel mehr beobachtend als freundlich. Es war so, als ob sie über eine unüberbrückbare Kluft hinwegsehen.

Aber dann begegnete Mr. Barnstaple mitten in seinem Kummer den braunen Augen von Ugnis und sie waren gütiger als die der anderen Utopen. Sie wenigstens begriff die Furcht, die ihn erfaßt hatte, und er fühlte, daß sie ihn ermutigen und ihm gut Freund sein wollte. Mr. Barnstaple schaute sie an und fühlte sich im Augenblick ganz wie ein Verirrter, der sich einer Gruppe von zweifelhafter Bestimmung nähert und einen freundlichen Blick und Gruß empfängt.

2.

Ein anderer Geist, der Utopien ebenfalls Widerstand entgegensetzte, war Mr. Freddy Rush. Für ihn gab es keinen Streit über die Religion und die Sitten oder die sozialen Einrichtungen Utopiens. Man hatte es ihm schon seit langem gelehrt, daß kein Gentleman mit seriösen, ätherischen Ansprüchen irgend ein Interesse für derartige Angelegenheiten bekundet. Seine Betrachtungen waren zu spitzfindig für die Zuhörer. Aber bald wurde klar, was er meinte; nämlich, daß die wissenschaftlichen Methoden Utopiens etwas sehr Altes und Schönes zerstört hätten, was man das „Gleichgewicht in der Natur“ nenne. Was dieses Gleichgewicht in der Natur eigentlich wäre und wie es auf Erden wirke, konnten weder die Utopen noch Mr. Barnstaple ganz genau verstehen. Unter Kreuzverhör wurde Mr. Rush rot und störrisch, und sein Monotonie bittige kampfstüchtig. „Ich bleibe bei den Schwalben,“ wiederholte er. „Wenn Sie meinen Standpunkt nicht begreifen können, dann weiß ich nicht, was ich Ihnen sonst sagen soll.“

Er begann mit der Tatsache und kehrte wieder zu der Tatsache zurück, daß man in Utopien keine Schwalben sehe und man deshalb keine Schwalben in Utopien sehe, weil es keine Rüdten und Fliegen gebe.

In Utopien war das Insektenleben in riesigem Umfang planmäßig eingeschränkt worden und das hatte jedes Lebewesen, das direkt oder indirekt vom Leben der Insekten abhängig war, ernstlich in Mitleidenschaft gezogen. Sobald in Utopien das neue System fest verankert und der Erziehungsstaat an der Arbeit war, richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die lang gehegte Idee, unangenehme und schädliche Arten systematisch auszutünnen. So wurde z. B. eine sorgfältige Untersuchung über die Schädlichkeit der Hausfliege, der Wespen, Hornissen, verschiedener Arten Mäuse und Ratten, Kaninchen und Brennnesseln angestellt, sowie über die Möglichkeit, sie auszurotten. Zehntausend Arten

von Lebewesen, vom Krankheitserreger bis zum Rhinoceros und zur Hyäne wurden daraufhin untersucht. Jeder Gattung, die man entdeckte, wurde ein Verteidiger beigegeben. Bei jeder wurde gefragt: „Was ist Gutes an ihr? Was für Schaden richtet sie an? Wie kann sie ausgerottet werden? Was wird mit ihr verschwinden? Lohnt es sich, sie zu vertilgen, oder kann sie gezähmt und beibehalten werden?“ Und sogar, wenn das Urteil auf endgültige und vollständige Vernichtung lautete, machte sich Utopien mit großer Vorsicht an die Vertilgungsarbeit. In sicherer Isoliertheit wurde von jeder verurteilten Art eine Reserve zurückbehalten, die in vielen Fällen noch bestand.

Die meisten infektiösen und ansteckenden Fieberkrankheiten wurden vollkommen ausgeremert; einige verschwanden sehr leicht, andere konnte man nur dadurch aus dem Dasein löschen, daß man ihnen den Krieg erklärte und die ganze Bevölkerung strenger Disziplin unterwarf. Auch von vielen inneren und äußeren Parasiten wurden Menschen und Tiere vollständig befreit. Weiter gab es ein großes Reinemachen in der Welt von schädlichen Insekten, von Unkraut, Ungeziefer und Raubtieren. Der Moskito, die Hausfliege, die Schmeißfliege und überhaupt die große Mehrzahl aller Fliegen verschwanden. Durch Feldzüge, die einer ungeheuren Anstrengung bedurften und sich über mehrere Generationen erstreckten, wurden sie aus dem Leben verjagt. Es war unendlich leichter, so große Fliegen wie die Hyäne und den Wolf loszuwerden, als jene kleinen Restrikenzen zu vernichten. Der Kampf gegen die Fliegen hatte den gründlichen Umbau eines großen Teiles der Häuser in Utopien und die sorgfältigste Säuberung aller Bauten auf dem ganzen Planeten zur Folge. Die Frage, was miterschwänden würde, wenn eine bestimmte Gattung verschwunden wäre, gehörte zu den schwierigsten, denen Utopien gegenüberstand. So waren z. B. gewisse Insekten in ihrem Entwicklungsstadium zerstörende und angriffslustige Larven, wirkten als Raupen oder Puppen schädlich und wurden dann entweder an sich schon, oder notwendig für die Befruchtung mancher nützlicher und auserselener Blumen. Andere wieder, an sich unangenehm, waren ein notwendiges unersetzliches Futter für erfreuliche und erwünschte Lebewesen. Es war nicht wahr, daß die Schwalben aus Utopien verschwunden waren, aber sie waren äußerst selten geworden; und ebenso war eine Anzahl kleiner Insekten fressender Vögel, z. B. der Fliegenschnapper, dieser Harteln der Luft, selten. Aber sie waren nicht ganz ausgestorben, so weit war die Vertilgung der Insekten nicht gegangen; es waren genügend Arten zurückgeblieben, um gewisse Bezirke für diese reisenden Vögel bewohnbar zu machen. (Fortsetzung folgt.)

Zunahme des Umsteigeverkehrs. Neuerungen am Hochbahnhof Halleisches Tor.

Um den Anforderungen des lebhaften Umsteigeverkehrs vom Hochbahnhof Halleisches Tor zum Untergrundbahnhof der Nord-Süd-Bahn besser genügen zu können, wurden bekanntlich bereits im November vorigen Jahres neue Zugänge geschaffen. Für die Fahrpläne, die zur Straße gelangen wollen, wurden von der Mitte des Hochbahnsteigs neue Treppen und neue Sperren gebaut, während die bisherige Treppe seitdem ausschließlich dem Zugang zum Untergrundbahnhof dient. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß dieser Zugang auch sehr noch für den außerordentlich lebhaften Umsteigeverkehr zu eng ist. Die Hochbahngesellschaft hat sich infolgedessen entschlossen, diesen Zugang zu verbreitern. Zu diesem Zweck sind dieser Tage die alten, überflüssig gewordenen Fahrkartenschalter abgerissen worden, um den so gewonnenen Raum zur Verbreiterung des Zugangs zu benutzen. Auch diese Maßnahme wird, wie die Schaffung der neuen Zugänge im November vorigen Jahres, nur provisorisch sein, da mit Umbau des gesamten Halleischen Tores auch der Bahnhof vollständig umgebaut werden soll. Bis dahin dürften jedoch noch zwei bis drei Jahre vergehen.

Auf den Bahnsteigen der Hochbahn des Bahnhofes Halleisches Tor erprobt die Hochbahn gegenwärtig eine interessante Neuerungen: einen elektrischen Fahrtrichtungsanzeiger, den ersten dieser Art im Hochbahnbetrieb. Auf der Stadtbahn hat der Bahnhof Friedrichstraße diese Einrichtung.

Glückspitze der Arbeiterwohlfahrtslotterie. Sonne bei denen, die im Schatten leben.

Es war eine Zahl, die fast an die „besten Zeiten“ der Inflation erinnerte; 145 984 Gewinne hatte die letzte Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt bereitgestellt, um sie nach Fortunae Saune unter alle die zu verteilen, die sich in diesem Winter rechtzeitig ein Los gekauft hatten. Die glücklichen Hunderttausendundvierzigtausendneinhundertundvierundachtzig; was haben sie diesmal, um den Preis von 50 Pf., nicht alles nach Haus gebracht! Und erst die Hauptgewinner? Nun, der oberste dieser Glückspitze wohnt, wie wir jetzt in Erfahrung gebracht haben, im schönen Sachsen. Einem armen Färberarbeiter in einer Kleinstadt bei Chemnitz hat diesmal die Göttin nach Recht und Billigkeit die meiste Gunst begünstigt. Dem Manne war erst vor einem Vierteljahr die Frau gestorben. Die Sorgen hatten sich in diesem Proletarierdasein verdoppelt und verdreifacht. Und nun hat sich ihm, gerade ihm, auch einmal die Sonnenseite des Daseins zugekehrt. Dreißigtausend Mark! Und das mit einem Schläge.

Und noch einen hat in Sachsen gepackt, das Worboschweim nämlich. Einen Kantinenpächter im Kohlenzweigebiet bei Dresden. 10 000 Mark hat ihm die WM ins Haus mit einem Ruck geschaukelt. Der Glückliche hat die Kantine eines Hüttenwerkes betreibt. War auch nicht, wie man uns schreibt, auf Rosen gebettet. Und so gönnen es ihm die Genossen des Ortes durchaus und von ganzem Herzen.

Und schließlich der Dritte im Bunde, aber richtiger, die Dritte. So meißelvoll geht die Fortuna der WM mit ihren Gaben um, daß sie auch das schwächere Geschlecht durchaus nicht zu kurz kommen läßt: 15 000 Mark hat man einer jungen Frau in Hamburg auf den Tisch gelegt, deren Mann sich als Schächtergehilfe häuer genug sein Brot verdienen muß. Eine alte Mutter und eine fränkische Schwefel müssen im kleinen Heim noch mit unterstützt werden. Also auch hier war die Göttin gut beraten, als sie die Entscheidung traf.

Die Gewinnerin eines 5000-Mark-Preises der Arbeiterwohlfahrtslotterie ist eine schon über 70 Jahre alte Frau, die in einem niederbayerischen Städtchen in ärmlichsten Verhältnissen lebt. Die Gewinn konnte sich vor Freude kaum fassen, als ihr Mitteilung von ihrem Gewinn gemacht wurde.

Wohlt sie glücklich sein! Wir alle gönnen es ihnen von ganzem Herzen! Wir anbern aber, denen so freundlich boshast eine Reiz ausgegangen, eine Riste für 50 Pf. — wie schwören, daß wir es im nächsten Jahr besser machen werden. Dann nämlich kaufen wir uns mindestens ein Duzend Lose! Einmal müssen doch auch wir schließlich einen Haupttreffer ziehen.

Reichsbannerkundgebung am Sonntag.

Die 4. Jahresfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß gibt dem Berliner Gauvorstand Anlaß, alle Republikaner zu einer ersten, wichtigen Kundgebung am Sonntag, dem 19. Februar, vormittags 11 Uhr 30, nach dem Zirkus Busch aufzurufen.

Die Ortsvereine des Reichsbanners treffen sich in den Vormittagsstunden an den vier Hauptversammlungsplätzen wie folgt: Kreis Westen: 9.30 Uhr, Gendarmenmarkt; Kreis Süden: 9.30 Uhr, am Planufer Anfang am Büchelerplatz; Kreis Osten: 9.30 Uhr, Köpenicker Platz; Kreis Norden: 9.30 Uhr, Ostianer-Meyer-Allee Anfang an der Brunnenstraße.

Von diesen Plätzen aus geschieht der geschlossene Abmarsch nach dem Zirkus Busch. Die feierliche Kundgebung im Zirkus Busch wird nach einem Musikstück durch den Einmarsch der Fahnen und Sportler eröffnet. Gesangsvorträge der Massenchöre des Berliner Sängerkörpers, M. d. U.S.W., die sich freundlichst zur Verfügung gestellt haben, folgen. Alsdann ergriffen Redner der drei republikanischen Parteien, Ministerpräsident a. D. Stelling, MdR., Chefredakteur Bernhard, Rektor Felix Kellerman, das Wort. Die Feier findet mit dem gemeinsamen Gesang des Bundesliedes ihren Abschluß. Das Interesse für diese Veranstaltung ist so groß, daß bereits amtliche Karten dazu restlos vergriffen sind. Aus diesem Grunde hat der Gauvorstand eine weitere Kundgebung, die zu gleicher Zeit im Lustgarten stattfindet, anberaumt. Alle Republikaner werden aufgerufen, auch diese Kundgebung im Lustgarten zu einem starken Bekenntnis für die deutsche Republik zu machen. Auch diese Kundgebung wird durch musikalische Vorträge umrahmt sein und auch hier werden dieselben Redner sprechen, wie bei der Veranstaltung im Zirkus Busch.

Verwaltungsreform im höheren Schulwesen.

Der Magistrat legt den Stadtverordneten einen Plan vor, für das höhere Schulwesen die längst als notwendig erkannte Vereinfachung der Verwaltung sehr durchzuführen. Zurzeit gibt es in Berlin etwa 160 höhere Schulen mit etwa 40 verschiedenen Schulformen. Die geplante Zusammenfassung zu einem einheitlichen System läßt sich natürlich nicht mit einem Schläge durchführen. Die Rücksicht auf die Schule und Schüler verbietet ein allzu stürmisches Tempo. Einstweilen schlägt der Magistrat einige der dringendsten Änderungen vor. Er will unter anderem eine Anzahl Realschulen zu Oberrealschulen ausbauen, mehrere Doppelanstalten durch Abbau des einen Zweiges (z. B. eines Realschulzweiges neben einem Gymnasialzweig) vereini-

Wie man zur Villa am Wannensee kommt.

Der Zuchthäusler als Rittergutsbesitzer.

Die Aufdeckung der Riesenwindheulen teilt nicht ab. Gestern haben die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Verhaftung des Rittergutsbesitzers Max Reilonat aus der Johann-Georg-Straße zu Halensee geführt. Er wird beschuldigt, gemeinsam mit zwei Kaufleuten Waren und Grundbesitz angekauft und mit falschen Wechseln bezahlt zu haben. Vorläufig schätzt man den Schaden auf 1/2 Millionen Reichsmark.

Dieser Rittergutsbesitzer ist ein ehemaliger Zuchthäusler, der insgesamt die beschriebene Zahl von 18 Vorstrafen hinter sich hat. Er hat es aber fertig gebracht, Waren, Grundstücke und Güter von großem Wert in seinen Besitz zu bringen. Käufe wurden ausgeführt, bei denen Reilonat falsche Wechsel und Hypotheken in Zahlung gab, die nicht einen roten Heller wert waren. Was er dann gekauft hatte, wurde sofort entweder für bares Geld verschleudert oder mit hohen Summen belastet. Auf diese Weise kaufte er ein Gut, einen Kraftwagenpark und eine Villa am Wannensee mit herrlicher Einrichtung und wertvollsten Möbeln. Die Kaufsumme für die Villa beispielsweise betrug die Kleinigkeit von 150 000 Mark. Er bezahlte die Summe mit Wechseln, die von irgend welchen Leuten giriert waren. Sein sicheres Auftreten imponierte so, daß man darauf hereinfiel. Die Wechsel wurden niemals eingelöst. Dafür „verklappte“, wie der Berliner sagt, Reilonat Möbel, Porzellan und Möbeln aus der Villa.

Das Rittergut Barslauch bei Reppen kaufte er von einem Rittergutsbesitzer Bruner für 130 000 Mark. Er bezahlte in ähnlicher Weise, indem er den Kaufpreis als Grundschuld auf das Anschließende Wilhelm Zeche III einer Kohlengrube eintrug. Diese Kohlengrube, so erklärte er dem bisherigen Besitzer, sei von ungeheuerlichem Wert. An erster Stelle sei der Betrag hypothekarisch gesichert. Man eilte zum Notar, der Vertrag ward vollzogen. Durch einen bloßen Zufall bekam dann Bruner Einblick ins Grundbuch und fand, daß seine Forderung keineswegs, wie versprochen, an der ersten Stelle stand. Das machte ihn stutzig, er stellte Recherchen an und erfuhr, daß

dieses Anschließende wertlos und vollkommen unverkäuflich ist. Daraufhin erfolgte die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Unter den Vorstrafen des „Rittergutsbesitzers“ findet man

Verurteilungen wegen Betruges, schweren Diebstahls, leichten Diebstahls, Unterschlagung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung usw. Reilonat ist früher Chauffeur gewesen und hat sich während des Krieges das Vertrauen seines im Felde weilenden Arbeitgebers in einer Weise erworben, daß dieser ihm ein Automobilgeschäft einrichtete. Als nun Reilonat seine Villa kaufte, wandte er sich an seinen alten Arbeitgeber mit der Bitte um Bürgschaft für den Kaufpreis. Bei diesen Verhandlungen spielt auch ein geheimnisvoller Graf eine Rolle, der aber noch nicht gehört werden konnte, da er verreiselt ist. Er soll bei der Ausstellung des Wechsels zugegen gewesen sein.

Reilonat hat in seiner Villa am Wannensee das Leben eines russischen Großfürsten geführt.

Seltige Lage war an der Tagesordnung.

bis zu 30 Personen wurden bewirtet. Kraftwagen, die von verschiedenen Firmen — freilich ohne Barzahlung — gekauft waren, sollten gerade jetzt in einer prächtigen Garage untergebracht werden, die vor der Vollendung stand. Da kam die Kriminalpolizei dazwischen und nahm den Rittergutsbesitzer fest.

In der Angelegenheit der sogenannten „Wirtschafts- und Kreditgenossenschaft m. G. Berlin“, deren Vorstand, wie wir meldeiten, bereits in Haft sitzt, teilt die Bankfirma Bins mit, daß sie an den Schwindelaktionen in keiner Weise beteiligt ist. Die zuständigen Stellen werden ja die Dinge genau nachprüfen.

Ueber die Affäre Nummer neun „Malone Immobilien Max Tebesco“, über die wir im gestrigen „Abend“ berichteten, wird bekannt, daß der Geschäftsführer Reiner ausführlich vernommen wurde. Bis jetzt gibt er zu, daß er einen Teil des für seine Mandanten eingezogenen Geldes zu Spekulationen mißbrauchte, aber der Schaden soll nicht so hoch sein, wie er behauptet wird. Im Augenblick verfügt er zwar über keine Barmittel, aber sein häuserbelig biete genügende Sicherheit, um das Risiko zu decken. Reiner ist, da noch den Feststellungen der Polizei kein Straftatverdacht vorliegt, vorläufig auf freiem Fuß gelassen. Auch diese Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben.

Sturm über Berlin.

Hochwasser in aller Welt.

Die plötzliche Erwärmung, die am Donnerstag eintrat — in Berlin wurden plus 13 Grad gemessen —, war, wie in dieser Jahreszeit vorauszu sehen war, nur von allzu kurzer Dauer. Schon in der Nacht zum Freitag trat eine auffallende Abkühlung ein, die gestern noch eine Verschärfung erfuhr. Gleichzeitig mit dem Sinken der Temperatur schloß kalter Westwind ein, der einen zeitweise orkanartigen Charakter trug. Ein beachtenswerter, weil Gefahren verübender Umstand wird aus Poldam gemeldet. Dort betrug der Pegelstand der Havel am Freitag 1,65 Meter. Der Normalstand ist 1,14 Meter. 1,65 Meter bedeutet nach den Aufzeichnungen des Wasserbauamts sogenanntes mittleres Hochwasser.

Der Sturm, der gestern über die Häuser Berlins hinwegjagte, hat allenthalben bedeutenden Schaden angerichtet. Die Berliner Feuerwehr wurde in zahlreichen Fällen zu Hilfe gerufen, da sich Reklameschilder, Fahnenstangen und Blechverzierungen gelöst hatten und abzustürzen drohten. In zwei Fällen wurden von dem Ortan Schornsteine zum Einsturz gebracht. In einigen Straßenzügen stürzten Putzwerke und Ziegel auf die Bürgersteige nieder, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen.

Besonders groß ist der durch den Sturm angerichtete Schaden in den Laubentkolonien. Zahlreiche der leichtgebauten Häuschen blieben dem starken Wind nicht stand und wurden schwer beschädigt.

Dammbruch bei der Elsterregulierung.

Pötschen i. V., 17. Februar.

Infolge gewaltiger Regengüsse ist die Elster rasch geflogen, wodurch besonders das gewaltige Werk der Elsterregulierung bei Chelischwitz zum sechsten Male vom Hochwasser heimgesucht wird. Die Gewalt der Wasserfluten ist so stark, daß die Jungdämme in zwei Stellen zerrissen wurden und die Elster sich nun einen Weg in das neue noch nicht fertiggestellte Bett suchte. Der Schaden ist sehr groß. In der nächsten Umgebung hat der Sturm derart gewütet, daß die Wadungen zum Teil ein Trümmerfeld bilden.

Im Erz- und im Riesengebirge.

Annaberg, 17. Februar.

Die Schneeschmelze hat ein Anschwellen auch der Flüsse und Gebirgsbäche des oberen Erzgebirges hervorgerufen. In

sachen, Doppelanstalten mit festem Aufbau durch entsprechende Änderungen ausgestaltet. Die Einführung des Englischen als der ersten Fremdsprache an Stelle des Französischen soll gefördert werden. Im Reformrealgymnasium soll grundsätzlich der Lateinunterricht in Untertertia beginnen. Die Vorlage des Magistralrat rechnet als finanzielles Ergebnis der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht Mehrausgaben, sondern Ersparnisse heraus.

Reichstädtetbund gegen Abbau der Kinossteuer.

Der Reichstädtetbund teilt mit, daß er sich mit Entschiedenheit gegen den von der Filmindustrie in ihrer Eingabe an das Reichskabinett propagierten Abbau der Kinossteuer wendet, die das Kernstück der gemeinlichen Vergnügungssteuer bildet und deren Ausfall nur durch Erhebung anderer Steuern ausgeglichen werden könne. Eine Reduktion des Films könne auch in Anbetracht der starken Zunahme der Lichtspieltheater und der Sitzplätze nicht anerkannt werden. Auch würde, wie die Erfahrung gezeigt hat, eine weitere Steuerermäßigung weder dem Publikum noch der förderungswürdigen Kulturfilmproduktion zugute kommen. An Stelle eines unbegründeten Steuerabbaues wäre eine wirksame, den Kultur- und Lehrfilm mehr als bisher begünstigende Stoffelung der Steuerlast zu fordern.

verschiedenen Orten wurde die Boge derart bedrohlich, daß die Feuerwehr an einigen Stellen eingreifen mußte. Verschiedentlich drang das Wasser in Keller und Ställe und richtete erheblichen Schaden an.

Wie aus dem Riesengebirge gemeldet wird, trat dort gestern ein ziemlich heftiges Wintergewitter auf. Es zeigte starker Schneefall ein.

Gefahren am Rhein.

Strasbourg, 17. Februar.

Das anhaltende Steigen des Rheins, der gestern einen Wasserstand von 4,50 Metern erreichte, hat am Reushofer Walde südlich Strasbourg zu einem Dammbruch auf 25 Meter Länge geführt. Ein zweiter Damm hielt die vordringenden Fluten ab. Die Flutwelle vom Oberrhein hat nun auch den Niederrhein erreicht. In Köln ist der Wasserpiegel seit Dienstagabend um 57 Zentimeter gestiegen. Trotdem ist die Schiffsahrt noch nicht eingestellt. Die nötigen Vorkehrungen, einer Hochwassergerade zu begegnen, sind bereits getroffen worden. Die Bauarbeiten an der Wülheimer neuen Hängebrücke nehmen ihren ungestörten Fortgang, da die Konstruktion der Bauanlagen jedem Ansturm der Wasserfluten widerstehen kann.

Hochwasserdienst der Reichsstrombauverwaltung.

Koblenz, 17. Februar.

Die Reichsstrombauverwaltung teilt amtlich mit, daß sie den Hochwasserdienst eröffnet habe. Die Hochwässer, die von dem Oberrhein und der Mosel kämen, würden für den Mittel- und Niederrhein noch langsame Steigen bringen. Die eingetretene Regenpause und die Fröste brächten ein weiteres Abfallen der seitlichen Zuflüsse des Rheins, abgesehen vom rheinisch-westfälischen Bergland, das diese Nacht erneut überregnet wurde. Im allgemeinen ist ein Stillstand des Hochwassers eingetreten.

Uberschwemmungskatastrophen in Australien.

Nach Berichten aus Sidney sind im nördlichen und in den nordwestlichen Teilen von Neusüdwales große Überschwemmungen eingetreten. Die Eisenbahnbrücke von Tuncee ist eingestürzt. Kilometerweit stehen die bebauten Felder unter Wasser.

Schweres Schiffsunglück.

Ein englischer Dampfer mitten durchgebrochen.

Amuiden, 17. Februar.

Der auf der Fahrt nach Hamburg befindliche 3040 Tonnen große englische Dampfer „Shonga“ ist zwischen Amuiden und Biff aan Zee im Sturm gestrandet. Infolge des starken Wellenganges brach das Schiff mitten durch, und das Vorschiff wurde etwa 400 Meter vom Hinterschiff abgetrieben. Die Boge der Befähigung, die sich auf dem Vorschiff befindet, ist sehr gefährlich. Von Biff aan Zee aus wird versucht, das Schiff mit dem Rettungsboot zu erreichen.

Ein Todesfall während des Berliner Börsenbetriebes. Während der Börsenstunden brach gestern in der Berliner Börse bei Ausübung seines Berufes der Raster Theodor Leon zusammen und verschied gleich darauf, wie man annimmt, an einem Herzschlag. Leiber war kein Arzt zur Stelle, der dem Betroffenen hätte Hilfe angedeihen lassen können.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Um die Entscheidung im Metallarbeiterkampf.

Provokation der Unternehmer. — Die Öffentlichkeit wird belogen.

Die deutschen Unternehmer sind die gleichen geblieben; sie haben seit dem westdeutschen Eisenkonflikt nichts hinzugelehrt. Um die Entscheidung der Schlichter und eventuell des Reichsarbeitsministeriums in die Richtung ihrer Interessen zu zwingen, hatten die westdeutschen Eisenherren die Stilllegung der gesamten Montanindustrie angebroht. Zu dem gleichen Zweck hat jetzt der Gesamtverband der Metallindustriellen die Entlassung der gesamten Belegschaften von 800 000 Mann zum 22. Februar angekündigt, und die Berliner Siemens-Verwaltung ist, getreu ihrer Tradition, mit der Kündigung für ihre 100 000-Mann-Belegschaft, die eine halbe Million Berliner an der Existenz bedroht, vorangegangen. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß zwischen der westdeutschen und der mitteldeutschen Aktion, was den Geist und die Absicht betrifft, in welchen beide Aktionen geführt werden, ein innerer Zusammenhang besteht. Jeder Zweifel darüber ist durch das Vorgehen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände behoben, die mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit herantreten ist, mit der sie unmittelbar in die zu treffende Entscheidung eingzugreifen versucht.

Die Arbeiterschaft hat demgegenüber außer ihrer Organisation noch eine starke und sehr sichere Waffe: sie darf vertrauen auf ihr Recht, sie darf vertrauen auf alle Beweisgründe, die sich aus der heutigen Wirtschaftssituation für ihre Forderungen ergeben, sie darf vertrauen auf die Öffentlichkeit, die provokatorischen Unternehmern von vornherein keine Sympathie beweisen wird und die auch irreführenden Darlegungen nicht kritiklos gegenübersteht, wie es von den Unternehmern erwartet wird.

Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie.

besonders in der letzteren, wird von den Unternehmern schwarz in schwarz gemalt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die Maschinenindustrie immer noch notleidend sei, daß sie kaum eine Rente abwerfe, und daß ihre Konkurrenzfähigkeit erschlagen werden müsse, wenn die Löhne erhöht würden.

Zweifellos ist die Maschinenindustrie als Produktionsmittelindustrie in einer besonderen Lage. Aber wenn heute in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen die von der Zeitschrift „Deutscher Maschinenbau“ veröffentlichten Bilanzen für 110 Maschinenfabriken hingewiesen wird, aus denen sich eine sehr schlechte Rentabilität für die Maschinenindustrie ergibt, so treffen diese Hinweise nicht die Tatsachen von heute. In dieser Bilanzstatistik ist das ganze glänzende Konjunkturjahr 1927 nur zu ganz minimalen Teilen erfasst. Aber selbst für das besonders günstige Umbau- und Stillstandsjahr 1926 ergeben sich gegenüber früheren Jahren bedeutende Fortschritte. Für die gestiegenen Umsätze ist schon bis 1926 charakteristisch, daß bei den 110 Gesellschaften der Stand der ausstehenden Forderungen gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent erhöht ist. Für die Zeit seit 1924 ergibt sich eine Steigerung der Außenstände um rund 59 Prozent. Die Rationalisierung brachte beträchtliche dauernde Zinsgewinne und Senkungen der Lagerkosten durch Verringerung der Rohstoffhaltung und Warenlager. Obwohl 1926 eines der schlechtesten Jahre war, mußte eine

Besserung der durchschnittlichen Rentabilität

festgestellt werden um rund 14 Proz. gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist aber nur berücksichtigt, was an Reingewinnen ausgewiesen wurde. Die Maschinenindustrie hatte bekanntlich besondere Schwierigkeiten, sich Umstellungskredite zu verschaffen. Auslaufenden Gewinnen mußte meistens genommen werden, was die Umstellung des Betriebes gekostet hat, und die ebenfalls aus den Betriebsüberschüssen genommenen Abschreibungen mußten wegen der vielfachen Stilllegung ganzer Betriebe, Betriebsabteilungen und Maschinenreihen die Reingewinne ungewöhnlich verringern.

Dazu aber kommen sehr schwere Dispositionsfehler der Unternehmer im Maschinenbau, die schon bei der Goldumstellung begonnen haben und sich heute noch rächen. Das Dividenden verlangende Kapital ist in der Maschinenindustrie unbefriedigt zu hoch angelegt worden, und nach Ende 1926, das zeigen auch die Bilanzen der 110 Gesellschaften, war das Verhältnis zwischen Aktienkapital und Abzug unbefriedigt falsch. Obwohl die ausstehenden Forderungen 1926 erst 24 Proz. der Bilanzsumme gegenüber 30 Proz. im Jahre 1913 ausmachten, betrug das Dividenden verlangende Kapital 48 Proz. der Bilanzsumme, gegenüber nur 37 Proz. im Jahre 1913. Einem verhältnismäßig erheblichen geringeren Geschäft sollte für ein unvernünftig hohes Aktienkapital eine den heutigen hohen Zinssätzen entsprechende Dividende entnommen werden können. Das ist eine unmögliche Rechnung.

Aus diesen beiden Ueberlegungen ergibt sich aber, daß schon für Ende 1926 die Rentabilität erheblich günstiger war, als sie dargestellt wird, obwohl 1926 ein Umbau- und Stillstandsjahr war und daß zweitens noch immer schwere Dispositionsfehler in dieser Industrie sich rächen, für die aber niemals die Belegschaften, sondern nur die Unternehmer selbst verantwortlich gemacht werden können.

Die glänzende Konjunktur von 1927

Ist aber wie gesagt noch nicht berücksichtigt. Es ist vergeblich, zu behaupten, daß die Konjunktur sich schon erheblich verschlechtert habe. Wir wollen aus den letzten Monaten nur einige wenige Beispiele zitieren, die die Stärke der Konjunktur und die Höhe der vorhandenen Aufträge beweisen:

Ludwig Loewe, Berlin, meldete für 1927 fast verdoppelten Umsatz, unvermindert hohen Auftragszugang und volle Beschäftigung bis August.

Maschinenfabrik Baum, Herne, meldete verdoppelte Aufträge, die bis zum Frühjahr reichen.

Maschinenfabrik Budau-Magdeburg hat die Belegschaft um 50 Proz. vermehrt und selbst die schlecht rentierende Maschinenfabrik Wolff, Magdeburg, meldete Aufträge auf mehrere Monate.

Bomag-Berlin ist bis in den Sommer hinein beschäftigt.

Rhein-Metall, Düsseldorf, steigerte seinen Umsatz um 50 Proz. Daimler-Benz berichtete eine Umsatzsteigerung von 67 auf 121 Millionen.

Karl Flohr, Berlin, hat um 60 Proz. höhere Aufträge und war ab November für fünf Monate voll beschäftigt.

München-Augsburger Maschinenfabrik hätte bei 1,8 Millionen Reingewinn für 20 Millionen Kapital 8 Proz. Dividende verteilen können, bleibt aber dividendenlos, hat die Aufträge gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt und ist über Juni hinaus voll beschäftigt.

Zimmermann-Werke, Chemnitz, beschäftigen ihre Werke teilweise in Tag- und Nachtschicht und haben Aufträge bis zum Frühjahr.

Schubert u. Salzer, Chemnitz, vermehrten ihre Belegschaft um 60 Proz. und hatten Aufträge bis zum Mai.

Schwarztopf, Berlin, hat keine Belegschaft um 30 Proz. erhöht.

Dresdner u. Koppel, Berlin, meldete schon Ende Mai 1927 verdoppelten Auftragsbestand, die Beschäftigung wird in den letzten Tagen recht gut genannt, es wird eine beträchtliche Erhöhung der Dividende erwartet.

Für Siemens, Berlin, wird eine Umsatzsteigerung von 340 auf 800 bis 900 Millionen Mark angenommen und sicher nicht überschätzt.

Die AEG, Berlin, hatte einen um 70 Proz. erhöhten Auftragsbestand, der nach Generaldirektor Deutsch in der Turbinenfabrikation noch beträchtlich größer ist.

Diese wenigen Beispiele aus den allerersten Wochen haben zwingende Beweiskraft dafür, daß das Jahr 1927, das in den Bilanzstatistiken bisher noch keinerlei Berücksichtigung hat finden können, auch für die Maschinenindustrie als Glanzjahr anzusprechen ist.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände

versucht in der Öffentlichkeit für den ablehnenden Standpunkt der Unternehmerorganisationen in allen Lohn- und Arbeitszeitfragen Sympathien mit der Behauptung zu werben, daß die organisierte Arbeiterschaft in ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung keine Rücksicht nehme. Sie wundert sich merkwürdigerweise darüber, daß bei den im Frühjahr ablaufenden Tarifverträgen Lohnforderungen gestellt werden, obwohl der Ablauf von Tarifverträgen gar keinen anderen Sinn haben kann, als daß über die Veränderung der Arbeitsbedingungen von neuem verhandelt werden wird. Aber die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist, obwohl sie sich in ihrem Appell an die Öffentlichkeit eines ruhigen und scheinbar sachlichen Tones befleißigt, in ihren Darlegungen ungeschicklich und auch unaufrichtig. Die Denkschrift stellt nicht die Steuerbelastung der Jahre seit 1924 einander gegenüber, sondern vergleicht einfach die Steuerbelastung der Vorkriegszeit mit der heutigen. Sie hätte nämlich sonst sagen müssen, daß im Verhältnis zum Umsatz, das ist der einzig richtige Maßstab, von 1924 bis 1926 die Steuerbelastung wohl allgemein bis auf die Hälfte zurückgegangen ist, was einige beliebige Beispiele zeigen mögen:

Die Steuerleistung sank im Verhältnis zum Umsatz

Unternehmen	1924	1926
Bergmann-Elektrizitätswerken	4,47	2,90
Brown-Boveri u. Co.	3,0	1,79
Continental Kaufhaus	3,89	2,60
Weyer Kaufmann Textil	4,25	1,52
Dtsch. Wolllwaren-Manufaktur	3,65	1,29
R. Karstadt	4,15	1,81
L. G. Kartonnagen-Industrie	4,15	2,30

Der Einwand ist möglich, daß die Umsatzsteuerentlastung nicht berücksichtigt sei. Aber wenn sie berücksichtigt würde, so bleibt noch immer eine ganz beträchtliche Steuerentlastung.

Die Denkschrift weist hin auf eine 70prozentige Lohnsteigerung seit 1924. Es wird verschwiegen der Anteil der

Wohnloshöhen an dieser Lohnsteigerung, der Anteil der allgemeinen Teuerung seit 1924, die Tatsache, daß wir 1924/25 noch fürchtbare Inflationslöhne zu verzeichnen hatten, die Dumpinglöhne im schlimmsten Sinne des Wortes waren. Es ist deshalb nicht aufrichtig, sondern demagogisch, wenn behauptet wird, die Arbeiterschaft habe ihren Anteil am Aufstieg der Wirtschaft erhalten. Noch heute werden

die deutschen Durchschnittslöhne

nur von denen der ehemaligen Inflationsländer unterschritten. Ein ungelerner Arbeiter im Maschinenbau erhielt am 1. Juli 1927 in Philadelphia 131,72 M. pro Woche, in London 44,16 M., in Kopenhagen 70,43 M., in Amsterdam 42,19 M., in Berlin aber 33,60 M. Wo die Sozialisten als übermäßig geschädigt werden, wird verschwiegen, daß auch England und die gerade Deutschland umgebenden Konkurrenzländer mit wenigen Ausnahmen umfangreiche staatliche Sozialleistungen mit teilweise erheblich größeren Arbeitgeberbeiträgen aufweisen. Da die Denkschrift der Arbeitgeberverbände nicht bestreiten kann, daß der Binnenmarkt die Grundlage alles industriellen Aufstiegs ist, weil sie auf der anderen Seite aber nicht zugeben will, daß dann nur eine Steigerung der Warenaufkraft das Inlandsgeheimnis erhalten und erweitern kann, beruft sie sich wiederum unaufrichtigerweise auf die Förderung des Exportes, bei der die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit eine Erhöhung der Löhne nicht vertere. Natürlich fehlt dabei auch das Argument nicht, daß Reparationszahlungen und Passivität der Handelsbilanz eine riesenhafte Mehrerfordern, obwohl für jeden Volkswirt selbstverständlich ist, daß es ganz gleichgültig ist, ob im Inland oder im Ausland jene Kaufkraft vorhanden ist, jene Ueberflüsse erzielt werden, mit denen Deutschland seinen Verpflichtungen für den Ausgleich der Handelsbilanz und die Reparationsleistungen nachkommt.

So ergibt sich für die deutsche Öffentlichkeit.

daß trotz des großen Aufwandes an Worten und Beschwörungen die Metallindustriellen nicht nur, sondern auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit ihren Behauptungen im Unrecht sind. Es müht nichts, kunstfertig schwarz in schwarz zu malen, wo in der Wirklichkeit nicht genug Schatten vorhanden ist. Und selbst wenn — dafür gäbe es aber benennbare dafür verantwortliche Persönlichkeiten — die Inlandskonjunktur im gegenwärtigen Augenblick eine Abchwächung zeigen würde, so ist jetzt schon auf dem Weltmarkt eine aufsteigende Konjunktur zu bemerken, die zweifellos auch die deutsche Industrie überall da stärker ins Geschäft zieht, wo sie sich nicht durch eigene Schuld oder Fehlorganisation den Weg dazu verbaut. Seider hat das aber gerade die verarbeitende Industrie getan, die, einem solchen Vorliegen allgemeiner Unternehmersolidarität nachgehend, sich fast widerspruchslos der monopolistischen Beherrschung und Verteuerung ihrer Rohstoffquellen gebeugt hat.

Amerikas Entschädigungsforderungen.

Die Freigabe des deutschen Eigentums im Senat.

Bei der Beratung des Freigabegesetzes für das deutsche Eigentum im amerikanischen Senat wurden auch die Forderungen bekanntgegeben, die Amerika entschädigt haben will. Die Ansprüche amerikanischer Bürger betragen 191,7 Millionen Dollar, nicht gerechnet die Forderungen der Regierung in Höhe von 62,2 Millionen Dollar. Letztere soll zunächst unberücksichtigt bleiben. Nach der Gesetzesvorlage sollen sofort alle Entschädigungsforderungen für Tod oder Körperverletzungen von Amerikanern, das sind 383 Fälle mit 4 Millionen Dollar, befriedigt werden, ferner sofort und vollständig alle amerikanischen Ansprüche bis zu 100 000 Dollar in 3046 Fällen mit insgesamt 29 Millionen Dollar. In Fällen, bei denen über 100 000 Dollar zugewilligt wurden, sollen zunächst 100 000 sofort und der Rest ratenweise entschädigt werden. (178 Fälle mit insgesamt 158 Millionen Dollar.)

Selbstverschuldete Verluste.

Unterlassene Rationalisierung.

Bei der kürzlichen Bilanzbesprechung der Köln-Lindenthaler Metallwerke A.-G., eines bedeutenden Fahrradproduzenten, hatten wir die günstigen Ergebnisse der finanziellen und technischen Umstellung des Unternehmens hervorgehoben. Im trafen Gegensatz hierzu steht der Jahresabschluss einer anderen Fahrradfabrik, der Gaggenauer Eisenwerke A.-G. in Baden, deren Verwaltung unter fast gleichen Verhältnissen weder eine finanzielle Bereinigung noch eine Betriebsumstellung für notwendig gehalten hat. Dementsprechend ist auch das Jahresergebnis sehr schlecht.

Dafür können jedoch keinesfalls die Verhältnisse verantwortlich gemacht werden. Während die Köln-Lindenthaler Gesellschaft für ihre durchrationalisierten Werkstätten noch nicht 40 Proz. der Vorjahresunkosten bei verdoppelten Betriebsgewinnen benötigte, erzielten die Gaggenauer Eisenwerke unter Anwendung der gleich hohen Unkosten von 1,44 Mill. Mark nur die Hälfte der vorjährigen Betriebsgewinne in Höhe von 0,8 Mill. Mark. So ergibt sich unter Hinzurechnung der Abschreibungen, Zinsen und Abgaben ein Gesamtverlust von fast einer Million Mark. Obwohl dieser Verlust über 20 Proz. des Kapitals ausmacht und die Bilanz außerdem durch die stark erhöhten Schulden sehr gespannt ist, will die Verwaltung sich auch jetzt noch nicht mit einer finanziellen Bereinigung befassen, sondern den gesamten Verlust auf neue Rechnung vortragen.

Wie das Wert unter diesen Umständen im laufenden Jahr rentabel arbeiten soll, bleibt das Geheimnis der Verwaltung. Da aber das Unternehmen im Gegensatz zu den meisten Fahrradwerken schon im letzten Konjunkturjahr nicht in der Lage war, durch Senkung der Beschäftigungskosten die Verteuerung der Rohmaterialien auszugleichen und Lohnerhöhungen durch Intensivierung der Arbeit weitzumachen, kann man der weiteren Entwicklung dieser Gesellschaft trotz allgemein günstiger Aussichten für die Fahrradindustrie nur sehr skeptisch gegenüberstehen. Eigene Schuld!

Rohrbach-Flugzeugwerk in Kiel.

Die Rohrbach-Flugzeugwerk G. m. b. H. in Berlin will ihre Kopenhagener Werke nach Deutschland verlegen. Die Kollegen der Stadt Kiel haben das Angebot der Firma angenommen, manach sich

Rohrbach verpflichtet, binnen zehn Monaten auf einem der Stadt Kiel gehörenden Industriegelände eine Werk zum Flugzeugbau zu errichten, wo im Durchschnitt 200 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Gebaut werden sollen Flugzeugmaschinen und drei Motoren zu je 800 Pferdestärken für 12 Flugzeuge und 4 Mann Besatzung. Der Aktionsradius beträgt 4000 Kilometer. Im Sommer dieses Jahres soll mit diesen Flugzeugen der erste verkehrsmäßige Zwischenlandungsflug nach Nordamerika unternommen werden. Später will Rohrbach seinen Flugbootbau ganz nach Kiel verlegen, wo auch dann Landflugzeuge gebaut werden sollen.

Hochkonjunktur sächsischer Eisengießereien.

Aufträge wie in guten Friedensjahren.

Auf der Generalversammlung der Guß- und Emailier-Ges. Werke A.-G. in Kadobau bei Dresden gab der Vorsitzende die bemerkenswerte Erklärung ab, daß die Beschäftigung in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres in sämtlichen Abteilungen sehr lebhaft und so umfangreich wie in guten Friedensjahren gewesen sei. Die Aufträge gewährleisteten noch Beschäftigung auf längere Zeit, doch lasse sich wegen der bevorstehenden Aussperrung in der Metallindustrie die Entlohnung der nächsten Monate noch nicht beurteilen.

Im Geschäftsjahr 1926/27 hat die Gesellschaft ihre Betriebsgewinne um 50 Proz. erhöhen und bei dem Abschluß Sonderabschreibungen von 100 000 M. — natürlich auf Kosten des Reingewinnes — vornehmen können. So nimmt sie ihre Dividendenverteilung sehr vorfristig zunächst mit 3 Proz. wieder auf. Auch in diesem Fall sind bei steigenden Umsätzen die Unkosten von 142 000 auf 125 000 M. gesunken. Außer verdoppelten Forderungen weist der Wertpapierbestand einen Zugang von 100 000 M. auf, über den der Bericht vorläufiger Weise nichts sagt.

Die Deutsche Genossenschaftshypothekenbank bittet uns, mitzuteilen, daß sich in ihren Großhypotheken auch einzelne Hypotheken mit sehr hohen Beträgen für städtische Wohnbauten befinden. Sie wendet sich gegen unsere Feststellung, daß der Großgrundbesitz bei der Hypothekengewährung stark bedacht worden sei. Wenn das nicht gelte, so hätte einer in diesem Punkte unrichtigen Deutung durch die Trennung von städtischen und landwirtschaftlichen Hypotheken vorgebeugt werden können. Unrichtig ist aber sicher, wenn erklärt wird, daß Hypotheken von 50 000 M. nicht auf den Großgrundbesitz fallen, was sich schon daraus ergibt, daß die Bank selbst darauf hingewiesen hat, daß sie die landwirtschaftlichen Objekte nur sehr niedrig besetzen habe.

Verbilligte Kollereikredite. Das Reichsernährungsministerium hat jetzt Richtlinien herausgegeben, wie die zunächst zu verteilenden 15 von den zur Verfügung stehenden 18 Millionen verbilligten Kollereikredite verwendet werden sollen. Aus den daraus zu gewährenden Darlehen sollen Entlohnungen und Einrichtungen zur Verbesserung der Milchzuegung, des Milchtransportes und der Milchverarbeitung beschafft werden; ferner sollen die Darlehen zur Hebung des Abzuges und zur Durchführung von Maßnahmen dienen, deren Ziel Standoerbidierung und Typisierung der Milch- und Kollereiprodukte ist. Ergiebiger Wirkung sei bei der Kreditgewährung anzustreben, und ferner muß die Wirtschaftlichkeit der betreffenden Unternehmen gewährleistet sein. Auf fünf Jahre soll die Zinsverbilligung zugesichert werden. Der Kredit soll nicht mehr als 5 Proz. kosten. — Wir erlauben uns die Frage, wer die betriebswirtschaftliche und finanzielle Kontrolle durchführt zur zweckmäßiger Verwendung und dauernd richtigen Anwendung dieser Kredite.

Agrarier treiben zur Landflucht.

Unberechtigte Hege gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die Not der Landwirtschaft wäre nicht so groß, wenn die Agrarier in ihrer Wirtschaftsführung so tüchtig wären wie im Erfinden von demagogischen Schlagworten. Ihr neuester Schwindel besteht in der Behauptung, die Arbeitslosenversicherung raube der Landwirtschaft die Arbeitskräfte. Dies Arbeitskräfte, vor allem junge Leute, wanderten im Sommer in die Stadt, da sie dort besser verdienen könnten und während der Wintermonate auf dem Lande durch die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem gewissen Grade gesichert seien. Also die Arbeitslosenversicherung ist schuld an der Landflucht.

Am kommenden Montag beginnt im Preussischen Landtag eine Vorberatung der Landarbeiterfragen in einem besonderen Unterausschuß des Landwirtschaftsausschusses. Die sozialdemokratische Fraktion hat zur Landarbeiterfrage eine Reihe von Anträgen eingebracht, die besser als irgend etwas anderes über die wahren Ursachen der Landflucht Aufschluß geben. Die Fraktion fordert, der immer stärker werdenden Landflucht und Abwanderung der Landarbeiter und Arbeiterinnen aus ihrem Beruf und ihren bisherigen Wohnbezirken dadurch wirkungsvoll vorzubeugen, daß durch jede nur mögliche Maßnahme den wirklichen Gründen der Landflucht, nämlich: unzureichende Entlohnung, menschenwürdige Behandlung und gauenhaftes Wohnungswesen nachdrücklich entgegengetreten und unter Zuhilfenahme aller staatlichen Nachmittels für die Abstellung dieser Mißstände Sorge getragen wird.

Die Wohnungsnot in den Städten ist gewiß eine Gefahr für das Proletariat, aber die Wohnungen des Landarbeitersproletariats sind eine Schande für die Menschheit. Die Räume, in denen der Landarbeiter zu hausen gezwungen ist, sind vielfach schlechter als die Viehställe, das Vieh kostet

Geld, der Landarbeiter nichts. Die sozialdemokratische Fraktion fordert deshalb gegen die Besitzer von Werkwohnungen, deren baulicher Zustand gefundheitsliche und sittliche Gefahren mit sich bringt, Zwangsmassnahmen und durchgreifende Kontrolle. Das mindeste, was verlangt werden muß, sind einwandfreies Trinkwasser, hygienische Abortanlagen, Fußbodenheizung, Fenster, keine Ueberfüllung von kleinen Wohnungen durch rücksichtslos ausgeübten Zwang zum Halten von Hofgängern.

Die agrarischen Redhammel, die der proletarischen Landbevölkerung die paar Pfennige Arbeitslosenunterstützung mißgönnen, wissen nur zu gut, daß brutale Unternehmer durch Mißhandlungen und Schikanen den Landarbeitern das Leben zur Hölle machen. Zahlreich sind die vom Deutschen Landarbeiterverband gemeldeten Fälle, in denen Landarbeiter mißhandelt wurden, oder Landarbeitern Todes und lebendes Inanent gepündelt und versteigert wurde, weil sie infolge ihrer Armut ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen konnten.

Am schlimmsten aber ist das System der schwarzen Listen, der Berufsverklärungen, der in einer Reihe von landwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen eingeführten „Entlassungsscheine“. Dieses System gegenüber organisierten oder mißliebigen Landarbeitern kommt einer nahezu völligen Unterbindung des durch die Verfassung gewährleisteten Koalitions- und Freizügigkeitsrechts gleich. Immer schärfere Formen nimmt dieser Kampf der Agrarier an. Wer bei den Agrariern sich „mißliebige“ gemacht hat — und wie leicht kann das einem passieren —, der wird vergebens nach Arbeit Umschau halten. Er muß in die Stadt ohnwehrend, statt über die Arbeitslosenversicherung zu schreiben, sollten die Agrarier an ihre eigene Brust schlagen.

Die Voraussetzungen der Pflichtarbeit.

Wann und von wem sie verlangt werden kann.

In Arbeitslosenzuständen mehrten sich in der letzten Zeit die Klagen über ungerechtfertigten Zwang zur Pflichtarbeit. Ueber die Pflichtarbeitsbestimmungen herrscht anscheinend noch immer viel Unklarheit. Pflichtarbeit, die eine unbezahlte Gegenleistung für die Unterstützung darstellt, darf nur noch für Jugendliche unter 21 Jahren und für Krisenunterstützte, nicht aber für erwachsene Empfänger der Arbeitslosenunterstützung über 21 Jahren in Frage kommen. Pflichtarbeit kann nur durchgeführt werden, wenn der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes einen dahingehenden Beschluß mit Zweidrittelmehrheit gefaßt hat. Die Gemeinden sind nicht berechtigt, von sich aus Pflichtarbeit zu verlangen, wenn kein entsprechender Beschluß des Verwaltungsausschusses vorliegt.

Nur immer feste ausgesperrt!

Die Mannheimer Gastwirte pfeifen auf das Gesetz.

Die Mannheimer Gastwirte wollen die organisierten Angestellten aussperren. Warum? Weil der Schlichter gegen den Willen der Unternehmer einen am 12. Januar gefällten Schiedspruch für verbindlich erklärte. Der Schiedspruch erhöhte die Lohnsätze ab 1. Januar um 18 Proz. Die Löhne waren — seit 1924 unocändert geblieben.

Die nicht getündigten Angestellten haben eine Erklärung

unterschreiben müssen, wonach sie mit dem von den Unternehmern vorgelegten Lohnsatz einverstanden sind. Die darin enthaltenen Lohnsätze sind schlechter als die tariflichen. Die Unternehmer der unliegenden Orte werden durch ein Rundschreiben ersucht, Ersahpersonal nach Mannheim zu senden.

Wie sagte die Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Frühjahrslohnbewegung? Die gefährliche Politik der Gewerkschaften treibe besonders klar hervor in den Entschliessungen zur Kündigung der Lohn- und Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau, sowie in den Drohungen im Lohnstreik für die mitteldeutsche Metallindustrie, selbst für den Fall der Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiedspruchs den Streik fortzusetzen. In Mannheim schreien die Unternehmer zur Aussperrung, weil der Schlichter gegen ihren Willen einen Schiedspruch für verbindlich erklärte. Sie pfeifen auf das Gesetz, wenn es ihnen nicht paßt.

Konflikt in den westdeutschen Theatern.

Forderungen des technischen Bühnenpersonals.

Essen, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Das technische Personal der westdeutschen Theater bereitet eine Kampfkation vor, um seine Arbeitszeit- und Lohnforderungen durchzusetzen. Das in dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierte technische Bühnenpersonal hat die zuständigen Stellen wissen lassen, daß es gewillt ist, seine Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Geltung zu bringen und auch vor einem Streik nicht zurückzuschrecken, der seine Auswirkungen auf das ganze Reich haben müßte.

Gekündigtes Lohnabkommen in der Maßschneiderei.

Das Lohnabkommen in der Herren- und Damenmaßschneiderei ist vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband gekündigt. Die Forderungen sind den Unternehmern bereits zugestellt worden. Die im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenmaßschneider befohlen sich am Dienstag mit der Bewegung.

Keine Einigung im böhmischen Bergarbeiterstreik.

Prag, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Die Lage im nordwestböhmischen Bergarbeiterstreik ist nach wie vor gespannt. In den nächsten Tagen ist mit einem günstigen Ergebnis der Verhandlungen nicht zu rechnen. Inzwischen ist es bereits zu einigen ernstlichen Zwischenfällen gekommen. Im allgemeinen herrscht aber Ruhe und Disziplin. Die Sicherungsarbeiten werden bisher noch entsprechend der Anordnung der Streikleitung trotz der kommunistischen Agitation ausgeführt. Der Streik wirkt sich bereits in empfindlichem Kohlenmangel, in Betriebs- und Schulsperrungen aus.

Die englischen Baumwollindustriellen lenken ein.

Manchester, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Die kritische Lage in der britischen Baumwollindustrie, die durch die Weigerung der Unternehmer herbeigeführt worden war, ihre Forderungen nach Lohnkürzungen und Verlängerung der Arbeitszeit zurückzugeben, hat eine plötzliche Entspannung erfahren. Die Unternehmer haben, anscheinend unter dem Druck der scharfen Kritik, die ihre beabsichtigte Tarifkürzung auf bürgerlicher Seite gefunden hat, ihre Taktik geändert und den Gewerkschaften statt der erwarteten Kündigung eine Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung für den kommenden Dienstag zugehen lassen.

Aus der Partei.

„Die Gesellschaft.“

Im Februarheft unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ wird eine Reihe höchst aktueller politischer Probleme erörtert, und zwar in einer Form, die das Material der Tagespresse in sehr wirkungsvoller Weise ergänzt. So unternimmt Ernst Hamburger einen Streifzug durch die Literatur über den Einheitsstaatsgedanken; er beschränkt sich aber nicht auf die Wiedergabe der wichtigsten Einzelheiten aus der immer mehr anschwellenden Literatur zu dieser Frage, sondern wertet sie kritisch unter dem Gesichtspunkte einer Politik, die die unvollendete deutsche Demokratie ausbauen und auf feste Grundlagen stellen will.

Nicht minder aktuell und aufschlußreich ist der Artikel von Hermann Müller-Franken über das Buch des Fürsten Lichnowsky „Auf dem Wege zum Abgrund“. An Hand des reichhaltigen Materials, das in diesem zweibändigen Werke ausgeschüttet wird, gibt Genosse Müller eine glänzende Skizze der letzten Jahrzehnte deutscher Politik vor dem Kriege, um zu einer vernünftigen Analyse gegen das damals herrschende System zu gelangen.

Überaus wertvoll ist ferner die Abhandlung, die Wladimir Wankinsty unter dem Titel „Arbeit und Kapital“ in der deutschen Wirtschaft“ veröffentlicht. Auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1925 gibt der Verfasser ein Bild von der Stärke und der inneren Gliederung der verschiedenen Bevölkerungsklassen und unterläßt die Beziehungen, die in der sozialen Struktur des deutschen Volkes eingetreten sind. Die Schilderung, die er zugleich von dem Anwachsen der maschinellen Kräfte, der Arbeits- wie der Antriebsmaschinen gibt, ergänzt das Bild, das auf Grund der neuesten statistischen Forschungen über den Charakter der Produktivkräfte in Deutschland gewonnen werden kann. Eine Arbeit, die politisch wie wirtschaftlich außerordentlich aufschlußreich ist und in der Tagespresse ausgenutzt werden müßte.

Zum Schluß noch ein Hinweis auf den instruktiven Artikel von R. Abramowitsch „Der russische Fraktionsstempel“, der die inneren Gegensätze in der kommunistischen Bewegung beleuchtet und die Triebkräfte aufdeckt, die zu den sensationellen Ereignissen in Sowjetrußland geführt haben.



Verlangen Sie das verstärkte Format und überzeugen Sie sich von der verbesserten Qualität!

Clowns.

Von Leonhard Schüler.

Mit einem Salto mortale ins Sägemehl der Manege springt der Clown über sich selbst. Hinter dem Vorhang bleibt sein privates Schicksal. Und was er vor tausend Augen Blüß und Donner, Gewitter der Heiterkeit dirigiert, ist das groteske Abbild seiner Menschlichkeit und Menschlichkeit. Nicht leicht und grazios landet er auf den Füßen nach seinem Sprung, er plumpst aufs Stilleis, Staub spritzt hoch, und seinen Mund, der grinst, oder dem Schuch, der mächtig klafft, entweicht ein Ton. Des Clowns Blicke zeigen Verlegenheit. Er sucht nach Hilfe, schimpft auf Pause und Bosheit des Orchesters. Er zieht sich an dem Hintern hoch, stolpert kopfüber in seinen Hut, steht, fällt und steht, lacht, wimmert, quersucht und rettet sich aus einem Unfall in den anderen. Bis seines Publikums Gelächter ihn bedroht, und er nicht Rettung weiß aus dem Lullul.

O — dieses Rätseln des bis zu den Ohren reichenden Wundes, dieses Greifen nach einem Rettungsballen auf Kluten der Verwirrung, dieses Hilfsesuchen am Himmelstempel seiner Zirkuswelt! Jedes Tun der Kreatur stützt ein „Ecce homo“.

Aber der Clown ist nicht nur ein Talpach, einer, der über die eigenen Füße stets fällt. Er springt seinen Salto mortale, reitet die hohe Schale, betätigt das Drahtseil. Er parodiert — und erntet mit dem Beifall seines Publikums die Ohrfeigen seiner Vorbilder. Er musiziert — aber im Moment seiner größten Seeligkeit, wenn seine Töne ihn selbst in süßeste Verwirrung bringen, wenn er durch die Paradiesesporte schreien will, die er sich selbst geöffnet, überläßt ihn die Trompete des Orchesters und zwingt ihn in den Staub. Immer leidet er Not. Immer geschieht etwas gegen sein Tun. Er springt ein paar Schritte, ein Anlauf zum tollsten Sprung — und erubet vor dem Sprungdreißig Gefahr: Den Apfel vom Pferd der Kolligeuse.

Gespensisch ist sein Antlitz. Die Flammen schlagen die Haar- massen rot und gefährlich um Ohren und Stirn. Ein glühender Apfel ist die Nase, breit ist der Mund und wie eine Wunde quer durch das ganze Gesicht geschminkt. Klein blühen die Augen unter mächtig geschwungenen Brauen. Ueber das Weiß der Wangen sind Ornamente der grotesken Armut gezeichnet. Und diese Garderobe, Hofenschnäube, Schottern in Zieharmonikasachen, die Weste reicht bis zu den Knien, der Frao hat Schleppe, und das Hüßchen, aus einem Infinder geteilt, trägt die Pfaufeder der Eitelkeit. Im mächtigen Ausschnitt der Weste knirscht die gefärbte Hemdbrust, der Kragen droht mit gefährlichen Spigen. Auf riesigen Schuhen schwankt die Gestalt. Und diese Masterade ist überfüllt mit Plüschwerk, mit einem Herz am rechten Fleck des Hofensbodens, aus den Kermeln spielen die Spigen eines Damenbeinkleides, Orben prangen. Der Schirm hat seinen Stod, er fällt in sich zusammen, über ihn sein arg geplagter Träger. So ist das Zerrbild einer Menschgestalt.

Und diese Menschgestalt spielt Menschtheater. Abenteuer sind zu bestehen, Kämpfe auszufechten, aus peinlichen Situationen muß gerettet werden die Kreatur. Jemandwie klappt es stets — aber das Schicksal ist grausam: es überschminkt nicht die Blässe des Angst- hässens, verbirgt nicht erlittene Wunden, läßt nicht vergetten Blamose und Weir. Und in sein privates Schicksal springt mit einem Salto mortale aus der Manege der Clown. Sein Publikum lacht. Ein Gewitter der Heiterkeit entläßt sich und lobt sich aus. Aber die Nachsagen, die ihn umziehen, nimmt er gleichgültig hin. Sie sollen ihm Lohn sein, aber sie werden die tausendmal ihm gemordene Ge- wöhnheit befähigen: daß sein lachendes Antlitz noch nicht lachend genug ist, um ganz unkenntlich zu machen die stumme, fällige Frage des Schmerzes, die unter der Schminke stirrt.

Die berühmtesten Clowns unserer Gegenwart sind die Brüder Fratellini. Sie leben in Paris. Europa, das sie durchreisten, um die Schicksalswiesen dieses Erdteiles abzugrasen, spricht heute von ihnen wie von ersten Größen der Kunst. Ich habe kein französisches Bismarck, kein Geld. Wenn ich Geld haben sollte, morgen oder in einiger Zeit, werde ich ein französisches Bismarck haben, um nach Paris zu reisen, diese Clowns mir anzusehen. Sie werden mir das sagen, was auch die anonymen Clowns der kleinen Manegen sagen: daß über ihrer Heiterkeitsgrimasse der Heiligenschein stummert eines Menschentums, mit dem Gott einige seiner Geschöpfe auszeichnet, um auf dem Umweg über sprudelnden Humor den Menschen ein Blickfeld zu geben in die Abgründe ihrer Belanglosigkeit. Aber die Fratellini werden dies auf eine Art mir sagen, die so glaubhaft ist, daß ich sie darum mehr noch lieben muß, als ich sie schon liebe, ohne sie jemals gesehen zu haben. Denn sie werden den sichersten Beweis mir geben für die Echtheit einer Träne, die ich als Knabe weinte . . . als ein Clown, der eine Ohrfeige bekam, seinen Schmerz ausdrückte mit Tränen, die faustgroß auf das Sägemehl der Manege klafften.

Die Forelle frist ihresgleichen. Da die Forelle in diesen Wochen leicht und sich somit in den Forellenwässern schon in Wälde junge Brut entwickelt, ist die Feststellung, ob die Forelle durch ihre eigenen Artgenossen gefährdet ist, gerade jetzt wichtig. Aus diesem Grunde sind auch die kürzlich im „Sportfischer“ von Fischweibern berichteten Wahrnehmungen von besonderer Bedeutung. Uebereinstimmend wurde von mehreren Beobachtern festgestellt, daß die Forelle tatsächlich Kannibalin ist. Man fand im Magen von Forellen, denen reichlich andere Futterfische zur Verfügung standen, gefressene Forellen; so in einer neunspündigen Forelle eine zwei Pfund schwere Artgenossin. So gern nun die Forelle ihresgleichen auch verzehrt, so hat sie aber doch nur selten Gelegenheit dazu, da die jungen Forellen, die in erster Linie als Beute in Betracht kommen, so rasch schwimmen, daß sie nur schwierig zu ergreifen sind; außerdem pflegen sich, wie man beobachtet hat, die jungen Forellen gewöhnlich an ganz anderen Plätzen aufzuhalten als die älteren Tiere. Während der Laichzeit bleiben die größeren Forellen allerdings immer ziemlich nahe der jungen Brut, aber gerade in dieser Zeit treffen sie wenig. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Brut von ihnen nicht gefährdet ist, denn in abgeschlossenen Zuflüssen können die größeren Forellen durch ihr Verzehren der Brut und der jungen Schlinge immerhin viel Schaden anrichten. Jedenfalls kann man als Tatsache annehmen, daß die Forelle, besonders bei Nahrungsmangel, ihre eigenen Artgenossen unbedenklich verzehrt, doch ist die Jagd auf diese in der Regel so mühsam, daß die Forellen, sofern nicht genügend andere Nahrung zur Verfügung steht, schließlich lieber auswandern. Fällt ihnen die Beute leicht zu, wird sie freilich sehr gern angenommen, da die eigenen Artgenossen der Forelle besonders zu munden scheinen.

Eine samenlose Tomate. Ein amerikanischer Züchter, D. G. Klassen zu Newton in Kansas, hat nach fünfjährigen Versuchen eine samenlose Tomate erzielt, die in Amerika großes Aufsehen hervorruft. Die Pflanze ist sehr groß und haben gemiddelt Früchte. Die größte dieser samenlosen Tomaten wiegt fast vier Pfund; hängende Früchte sind unter diesen Riesentomaten angebracht, um sie zu zeigen.

Sparsamkeit.

Von A. M. Frey.

Kilian's Frau war verrückt. Trotzdem beschloß er, zu Hause zu wohnen. Aus Sparsamkeitsgründen und der Bequemlichkeit halber.

Er begann um 12 Uhr mittags mit einem Pfannkuchen. Für jeden Eingeweichten wäre es erschütternd gewesen, zu beobachten, wie Kilian voll Vertrauen auf den Erfolg des Kochbuchs und in voll- endeter Sorglosigkeit den Teig anrührte, ohne entfernt daran zu denken, ob auch genug Spiritus vorhanden sei.

Zehn Minuten später ließ er eine weißgraue Masse, ein wenig beunruhigt, wie es wohl mit ihrer Haltbarkeit stehe, in die gefettete Pfanne fallen. Alles kommt jetzt darauf an, daß sie sich bindet, sagte er sich. Und er wartete.

Diese Freude sollte ihm noch zuteil werden. Er schüttelte — und der werdende Kuchen löste sich vom Eisen. Nun muß ich wenden, begriff er und stand damit dem schmerzlichen Augenblick seines Lebens gegenüber, den er trotz aller Zuersticht leise drohend immer schon empfunden hatte.

Er schob — ach so behutsam! — die Schaufel unter die gischende Masse und küpfte sie. Die Masse aber widerstand sich dieser Behandlung, sie zerritt.

Da fiel ihm ein, einmal gehört zu haben, was ganz große und tüchtige Köche in solchen Fällen tun: sie packen die Pfanne am Stiel, machen eine herrlich wippende Bewegung, worauf der Kuchen aus der Pfanne in die Höhe springt, sich goldgelb über- schlagelt und mit der anderen Seite ins heiße Fett zurücktaucht.

Kilian beschloß mit einem leisen Schauder, es auch so zu machen. Nichts anderes schien ihm übrig zu bleiben. Er stellte sich in die Ritze der Küche, schloß die Augen und schnalzte kräftig mit dem Handgeleit.

Die weißgraue Masse wirbelte in vierfacher Umdrehung ge- horfam empor und kletterte dann an der Röhrende.

Kilian war befüßt. Bei näherem Hinschauen entdeckte er, daß die Scheibe mit der ungedachten Seite hängen geblieben war. Er stellte, so gut er's abmessen konnte, die Pfanne auf den Fußboden unter den Kuchen an der Decke. Gleich wird er herunterkommen, tröstete er sich und wartete; aber der Kuchen kam nicht. Ich will nachsehen, rief er und warf die Streichholzschachtel zur Lockerung gegen den Rand der Scheibe. Die Schachtel flog mitten in den Teig und verbleib dort.

Bei der Kuchen so hoch hing, beschloß er ein Gerüst zu bauen. Er legte das Biegelbrett vom Küchenschrank zur Herdplatte und beziel gerade, wie er am besten den Tisch auf dem Brett fest- binden konnte und darüber den Strahl, um dann hinauf zu steigen — da kassierte der Kuchen freiwillig herunter, hart neben die Pfanne auf den Boden.

Er wickelte die Hündholzschachtel aus dem Teig und brachte ihn selber tragend, hebend und schwankend in die Pfanne zurück.

Ah, was sind Mängel! Als die hoffnungsvolle Hand das un- fertige Mahl wieder der Flamme zuschieben wollte, zeigte sich, daß die Flamme erloschen war. Und kein Tropfen Spiritus in ähn- lichen Wohnräumen. Kilian war am Zusammenbrechen. Aber er wollte sich nicht aufgeben. Er mochte Feuer machen im Herd. Es hielt schwer, das nötige Holz zusammenzubringen, er mußte den Küchenschmelk opfern. Dann aber zeigte sich, daß die Streich- hölzer, die in den Teig eingebettet gelegen hatten, feucht und un- brauchbar waren.

Aber: die Sonne — wie? Und die mächtigen Brenngläser, wertvolle Erbstücke vom Großvater her? Es muß doch gelingen, durch sinnreiche Verteilung von Spiegeln und Gläsern — durch Auf-

legen, Zurückwerfen, Sammeln und Verstärken von Sonnenfeuer so viel Hitze unter einen arbeitsamen Pfannkuchen zu bannen, daß wenigstens ein Schmarren daraus wird? Wie?

Er ging auf dem Küchenschrank ans Werk. Nach fünf Minuten war eine Sachvorrichtung erfunden und nach einer halben Stunde aufgebaut, ein geistreicher kleiner Apparat, der ohne weiteres kräftig genug sich zeigte, um eine hübsche Brandwunde am Handballen zu erzeugen. Boll Spannung setzte Kilian die Pfanne dorthin, wo vorher sein Ballen gerast hatte. Und wartete in freudiger Regier.

Da ging die Sonne hinter eine Wolke. Gleichzeitig aber stieg aus der Pfanne geisterhaft eine kleine Rauchfontäne; der Teig blähte sich quodvult zu einem winzigen Hügel, der Hügel tat sich auf und ließ einen schwarzen Abgrund sehen, dessen Ränder zu ver- kohlen begannen. Als Kilian das Phänomen von unten her in Angriff nahm, mußte er entdecken, daß in den Pfannenboden ein sauber und regelmäßig geformtes Loch gebrannt war. Run gerodel beharrte er, goß den Pfanneninhalt in einen emaillierten Topf, warf die Pfanne in den Hof und überlegte, wie man fortfahren könne.

Ein anderer Weg ist eben nötig, dachte er. Ich will keinesfalls den Versuch der eigenen Verköstigung schwächlich aufgeben. Man wird doch noch genug Feuer herbeischaffen, um diesen Dingsda — ja, was war es denn nun eigentlich —?

Kilian betrachtete fummelnd die Pfanne im Emailtopf. Und während er, weil die Augen nicht ins Reine kamen, die Nase be- fragte und sie schnüffend näher führte, kamen ihm Gerüche zum Bewußtsein, die von draußen hereinzogen — die ihn hinauswiesen über den Hof auf die jenseitige Straße.

Dort sah er einen Alphatessel dampfen. Wortlos — triebhaft nahm er den Topf in die eine, das Schaufelstiel in die andere Hand und ging hinunter.

„Guter Mann,“ sagte er zu dem Arbeiter, der mit einer mächtigen Stange in der großbläsigen Teermasse rührte, die fort- während gluckte und fürchterliche Hitze von sich gab, „könnte mein Topf nicht von Ihrem Feuer profitieren?“

Der Arbeiter sah in den emaillierten Tiegel. „Was haben Sie denn da,“ fragte er wohlwollend. „Aha, Sie möchten Ihren Teim aufwärmen? Das können wir schon machen.“

Jetzt hätte Kilian reden müssen. Aber er war zu feige, den Teim aufzuklären. Der Arbeiter goß schlichten Sinnes ein wenig schmutzigen Rüböl trübes Wasser in den Pfannkuchen.

„Der Teim ist zu dick,“ murmelte er.

Dann rührte er mit der Stange um und schob das Ganze an eine besonders heiße Stelle.

Kilian wagte keine Sübe. Als der ehemalige Ruchenteig große Klafen warf, quirlte der Arbeiter noch einmal die Masse durch, hob sie aus der Hüllenglut und gab Kilian freundlich den Topf in die Hand. „Fertig, mein Lieber,“ lobte er.

Kilian verbrannte sich die Finger kräftig, murmelte „danke bestens“ und wandte von dannen.

Zu Hause füllte er zwei leere Flaschen mit dem Produkt und zauderte etwas, als er auf zwei Eiskeiten den Titel „flüssiger Teim“ schrieb.

Seine Frau wird sich freuen, sprach er aufatmend nach dieser abschließenden Arbeit. Teim ist so notwendig in einem geordneten Haushalt.

Dann ging er zum späten Mittagessen und sagte sich, daß er nun gleichzeitig, wenn auch etwas früh, zu Abend speisen könne. Verbilligung der Lebenshaltung.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde!

Vom Werden der Internationale.

Vertrags stand Dörf Degenier am Amboß. In der Arbeits- verbundenheit eines Miller Eisenwerks wuchs die Sehnsucht nach Er- lösung aus der Alltagsfron, die ihn, den von Natur musikalisch Hochbegabten, das Lied komponieren ließ, welches heute das Lied des Proletariats geworden ist.

Wie die Internationale geboren wurde, mögen sich schon viele vergebens gefragt haben. Aus dem „Reveil du Nord“, der bekann- ten Miller Untertagezeitung, die auch Degenier täglich las, erzählt man nun, wie unser Lied entstand. Zuerst war das Gedicht Potiers' „Debout les damnés de la terre“, das in einer sozialistischen Zeit- schrift erschien. Gleich vielen, die es lasen, war auch Delors, Führer der Sozialdemokraten und später Abgeordneter und Bürgermeister der Stadt Lille, davon begeistert. Sein Freund Bergot wußte ihm auf die Frage nach einem Menschen, der in der Lage wäre, diese Worte zu vertonen, endlich Antwort: „Wenn irgendeiner es fertig bringt, ist es der Genosse Degenier!“

Nach am gleichen Abend erhielt Degenier, der mit seiner Mutter ein paar Zimmer in der Rue de Valenciennes bewohnte, Besuch. Bergot brachte den Text der Internationale zu seinem Komponisten, Sangam, als ob er buchstabieren müsse, las Degenier das Gedicht, las es, las es noch einmal und — sumnte eine Melodie. Zum Wort hatte sich bereits der Ton, zum Vers der Rhythmus gefell. Der ergreifende und aufrüttelnde Rhythmus der Internationale. Die Nacht brachte die letzte Vollendung. Als Bergot anderntags wieder- kam, sang und spielte ihm Degenier die fertige Internationale vor. „Ein schöneres Lied ist mir noch nie gelungen!“, mußte er dazu gestehen. Schon am nächsten Sonntag sang er es mit einem Freundestreit in Partikelokal, und kurze Zeit darauf brachte es „La Lyre des Travaillieurs“, einer der Arbeitervereinigungen Lilles, in einem Konzert zum öffentlichen, stürmisch bejubelten Vortrag. Populär wurde die „Internationale“ zunächst in Frankreich im Jahre 1900. Als am Schluß des Einigungskongresses, der der seit 1882 dauernden sozialistischen Spaltung ein Ende bereiten sollte, Genosse Gesquiere, später gleichfalls Abgeordneter von Lille, auf die Tribüne stieg und mit starker und sicherer Tenorstimme die „Internationale“ anstimmte, wiederholte der gesamte Kongreß den Refrain: „Von da ab hat die „Internationale“ ihren Weg in die Massen gefunden, während Degenier, ihr Komponist, vom Unglück verfolgt wurde. Degenier glaubte endlich, eine Gefährtin fürs Leben

gefunden zu haben. Er verheiratete sich. Ein kurzes Glück. Seine Frau wurde krank, starb, dachte dahin, starb. Seine Mutter starb. Wohin sollte der Einsame?

1914 kam der Krieg, und mit ihm kamen die Deutschen. Lille wurde besetzt. Degenier, der den Anforderungen seines Berufes nicht mehr genügen konnte, war seit einiger Zeit bei der Verwal- tung der städtischen Wasserwerke auf dem Rathaus beschäftigt und hatte nun preussischen Offizieren zu gehören.

Als in Lille die Typhusepidemie ausbrach, war auch Degenier unter den dieser Krankheit für verdächtig Erklärten, die sich täglich zur militärärztlichen Untersuchung zu stellen hatten. Eines Tages erschien Degenier nicht, und auch am folgenden Tag blieb der schon mit Verhütung Bedrohle aus. Der Komponist der „Internationale“ hatte seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet. Das war am 15. Februar 1916.

Au einem Donnerstag wurde Degenier beigesetzt. Die ihm das Geleit zum Grabe geben wollten, wurden von den deutschen Truppen auf Befehl von oben daran gehindert.

Ungepflegt und ungehämmt lag nun Degeniers Grab da. Kriegsgrob unter Kriegsgräbern. Als der Krieg zu Ende war, hielt es der jetzige Bürgermeister von Lille, Roger Salengro, der damals noch als Sekretär der Sozialistischen Partei der Arbeiterschaft diente, für eine seiner ersten Pflichten, das Grab Degeniers aufzusuchen.

Die Liste der auf dem Südfriedhof Beigesetzten gab Auskunft: Degenier, Adolphe, 57 Jahre, Abteilung 18, 6. Reihe, 13. Körper. An der bezeichneten Stelle stand ein morsches Holzkreuz und auf einem daran festgenagelten Stück Kupferblech, von der Witterung schon fast unlesbar gemacht: Adolphe Degenier. Auf dem Hügel, noch von der Beerdigung her, ebenfalls schon halb vermodert, einer der in Frankreich üblichen Verlenkranze. Das war alles. Hier lag der Komponist der Internationale, des Liedes, dessen Klang gerade jetzt in der Stunde des Friedens die Welt durchjauchzte wie noch nie.

Heute liegt das Irdische Degeniers unter einer würdigeren Decke. Auf dem Miller Südfriedhof beschatten zwei Lannen einen Stein, der in Worten und mit den eingewirkelten ersten Noten der Internationale davon Kenntnis gibt, daß hier der Komponist der „Internationale“ ruht. Degenier wird nimmer vergessen werden. Dr. S. Stoa

